

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
 Die Intervention der NSDAP in Spanien
 Friedensverträge zur Kriegsvorbereitung
 Aus einer kleinen Despotie
 Die faschistische Weltverschwörung

Braune Justiz-Olympiade

Massenprozeß gegen illegale Sozialdemokraten in Rheinland-Westfalen. — 600 Angeklagte, 450 bereits abgeurteilt. — Viele hundert Jahre Zuchthaus. — Unmenschliche Folterungen in der Voruntersuchung

Gegenwärtig wickelt sich vor dem Oberlandesgericht in Hamm in Westfalen die Serie eines Riesenprozesses gegen frühere sozialdemokratisch organisierte Männer und Frauen ab, den man im ganzen Westen den »Brotfabrik-Prozeß« nennt. Den Namen hat der Prozeß bekommen, weil er seinen Ausgang genommen hat von einer Brotfabrik »Germania« in Hamborn. Hier waren viele Sozialdemokraten und Freigewerkschaftler beschäftigt gewesen und hier hatte die Gestapo die ersten Verhaftungen vorgenommen. Ende April 1935, also bereits vor 1½ Jahren, erfolgten hier die ersten Verhaftungen.

Die Fabrik wurde von der Gestapo geschlossen, angeblich weil hier ein »marxistisches Nest« entdeckt worden war, in dem man sich nicht nur gegen den nationalsozialistischen Staat betätigte, sondern auch unter unhygienischen Verhältnissen Brot herstellte. Die Nazipresse behauptete z. B., daß in den Backräumen — man staune — »zehn Zentimeter hohe Staubschichten« entdeckt worden waren. Natürlich war das Schwindel. Jedoch gaben solche Behauptungen die Möglichkeit, wirtschaftliche Maßnahmen gegen den Besitzer durchzuführen und die Fabrik zu schließen. Der Besitzer wurde verhaftet und schließlich wurde die Fabrik von der Arbeitsfront des Herrn Dr. Ley wieder eröffnet.

Im ganzen Lande erfolgten Woche für Woche neue Verhaftungen. Man griff wahllos zu. Die Verhaftungswelle erstreckte sich von Gedesberg am Mittelrhein bis nach Krefeld und Kempen am Niederrhein, von Aachen an der belgischen Grenze bis nach Lüdenscheid im Sauerland.

Man holte sich junge Arbeiter aus den Kruppwerken in Essen und ergraute Familienväter aus den Schneidwarenfabriken in Sölingen, schwer arbeitende Bergkumpels von den Gruben in Hamborn und sozialdemokratische Proleten aus den Fabriken in Köln, Textilarbeiter aus München-Gladbach und Metallarbeiter aus den Messingwerken in Stollberg. Mitten hinein in das industrielle Herz des Westens stieß man. Dasselben Westens, der so unendlich viel Not und Elend im Interesse des deutschen Volkes in den vergangenen Jahren ertragen hatte. Im Kriege bei Kohlrüben und Marmelade, in der Nachkriegszeit, in der Inflation, in der Zeit der Separatistenkämpfe und im Bürgerkrieg. Man holte sich gerade die sozialdemokratischen Arbeiter, die in all den Jahren nicht nur treu zur Demokratie gestanden hatten, sondern die auch treu zu ihrem Vaterland standen, wenn andere sich feige verkrochen hatten. Die trotz schwerster Entbehrungen nicht etwa »Bolschewiken« wurden, sondern sehr oft ihre eigenen Interessen hinter die der Gesamtheit zurückstellten.

Jetzt sollen alle diese Arbeiter, unter denen sich auch mancher ehemalige Gewerkschaftsangehörige und »Parteilobner« befindet, gegen die Sicherheit des Staates verstoßen haben. Das wirft ihnen die Anklage vor. Die Anklageschrift gegen die 17 Hauptangeschuldigten, die zuletzt, wahrscheinlich Ende August, Anfang September zur Aburteilung kommen sollen, besagt, daß

»die Angeklagten teilgenommen haben an einem hochverräterischen Unternehmen, das den Zweck hatte, gewaltsam die Verfassung zu ändern, wobei die Tat unter anderem darauf gerichtet war, zur Vorbereitung des

Hochverrats eines organisatorischen Zusammenhalts herzustellen und aufrecht zu erhalten, die Massen durch Verbreitung von Schriften zu beeinflussen. Die Schriften wurden zum Zwecke der Verbreitung im Inlande, aus dem Auslande eingeführt. Die Angeeschuldigten haben an dem Ausbau einer illegalen sozialdemokratischen Organisation mitgearbeitet, die die Einfuhr und Verbreitung hochverräterischer Druckschriften, die Einziehung von Beiträgen zu deren Bezahlung und der Übermittlung von Nachrichten über innerdeutsche Verhältnisse in das Ausland zum Gegenstand hatten. Alle Angeeschuldigten haben im Rahmen dieser Tätigkeit auch an Besprechungen im Auslande teilgenommen.«

Der Monsterprozeß wird seit Anfang Mai in mehreren Abteilungen durchgeführt. Bevor der erste Abschnitt des Prozesses begann, hat man viele Angeeschuldigte halb totgeprügelt. Einer von ihnen, der frühere Gewerkschaftsangehörige Georg Reiter in Köln, ist an den Folgen der Mißhandlungen gestorben. Die Gestapo hat behauptet, er habe sich im Gefängnis erhängt. Jedoch durften seine Angehörigen den Toten vor der Beerdigung nicht mehr sehen und das beweist wohl zur Genüge, wie es mit der Behauptung der Gestapo steht. Ein Sohn des toten Genossen Reiter wurde übrigens zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er versucht haben soll, illegale SAJ-Gruppen zu organisieren.

Hermann Runge aus Mörs, Dr. Jacob Schiefer aus Köln, Ernst Gnoß aus Sölingen, Ludwig Lude aus Stollberg, Adam Rompy aus München-Gladbach und viele andere hat man unmenschlich zerschlagen. Der eine ist auf einem Auge blind geworden, dem anderen sind die Nieren zerschlagen. Viele sind für ihr Leben menschliche Ruinen geworden. So kamen die »Geständnisse« der Angeeschuldigten zustande, und die so zustande gekommenen Untersuchungsprotokolle bilden nun die Grundlage der Verhandlungen vor dem Sondergericht.

Beim ersten Prozeß wurde eine grundsätz-

liche Entscheidung dahingehend gefällt, daß die SPD »als hochverräterische Partei und Organisation« zu gelten habe. Sie sei nicht nur eine hochverräterische Bewegung, sondern auch eine hochverräterische Organisation, deren Unterstützung objektiv betrachtet, die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens darstelle. Es genüge dabei die Propaganda von Mund zu Mund und die Verbreitung der Gedanken der SPD, weiterhin Beitragszahlungen oder »sonstige geldliche Zuwendungen«. Das letztere bedeutet in der Praxis, daß alle diejenigen verurteilt werden können, die das Elend der Familien der Inhaftierten durch Hilfsmaßnahmen zu lindern suchten.

Von den 600 Angeeschuldigten sind bis jetzt etwa 450 abgeurteilt worden. Bei den Verhandlungen wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen und nur hin und wieder wurden einzelne Urteile veröffentlicht. Trotzdem dringen die Nachrichten über den Ausgang der Gerichtsverhandlungen bis in das letzte Arbeiterheim.

Die bisherigen Urteile bewegen sich zwischen 8 Monaten und 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis und zwischen 1½ Jahren und 5 Jahren Zuchthaus. Die Verurteilten stammen aus allen größeren Orten des Rhein-Ruhr-Gebietes, aus den Orten Aachen, Bonn, Brühl, Gastrop, Dinslaken, Duisburg, Düsseldorf, Dülken, Dortmund, Essen, Gelsenkirchen, Godesberg a. Rh., Hamm, Hamborn, Hornberg, Knapsack bei Köln, Krefeld, Kempen, Köln, Lüdenscheid, Lindfort, Mörs, Mühlheim a. Ruhr, München-Gladbach, Oberhausen, Sölingen, Stollberg und anderen Orten. Unter den bereits Abgeurteilten befinden sich drei Frauen, Maria Schenten aus Dülken, Emmy Storch aus Düsseldorf und Liesel Jung aus Mörs.

Ein Teil der Angeklagten mußte freigesprochen werden, weil nicht der geringste Beweis für ihre angebliche Tätigkeit gefunden werden konnte. Man hatte ja wahllos verhaftet und man wollte absolut die Sozialdemokratie treffen. Unerbört viel Unglück ist über viele Hunderte von Familien gekommen.

Die Väter steckte man ins Gefängnis, die Familien überließ man ihrem Unglück. So kam es, daß die Kinder der Verhafteten hungern mußten und daß sich Mütter erhängten.

Der Riesenprozeß dauert bereits über zwei Monate. Man rechnet mit dem Schluß Ende August. Dann soll der Hauptschlag gegen die 17 »Rüdelführer« geführt werden. Es sind dies:

Hermann Runge-Mörs, Ludwig Lude-Stollberg, Eduard Dietz-Aachen, Ferdinand Sauerbier, Franz Bott, Willi Schirmacher-Köln, Adam Rompy, Theodor Steigermann-München-Gladbach, Karl Hankamp, Gerhard Schaub, Wilhelm Kattwinkel-Lüdenscheid, Heinrich Hammacher, Wilhelm Wate, Dr. Jacob Schiefer-Köln, Ernst Gnoß-Sölingen, Sebastian Danl.

Unter den oben Genannten befinden sich Arbeiter und Angestellte, ehemalige Gewerkschafts- und Parteilangestellte, Arbeitersportler und Naturfreunde. Alles geschulte sozialdemokratische Funktionäre. Diese 17 wollen, daß Deutschland lebe, sie wollten nicht, daß es unter dem Nazi-Regime in den Untergang schlitterte; das ist ihr ganzes Verbrechen. Der Staatsanwalt aber will für möglichst viele von ihnen die höchste Strafe, viele Jahre Zuchthaus, vielleicht will er von einigen ihren Kopf. Und das System will einen unheimlichen Schrecken mit drakonischen Urteilen verbreiten. Im Grunde hat es Angst vor der unterirdischen Unruhe.

In Berlin findet gegenwärtig die Olympiade statt. Herr Göbbels versucht durch seine riesige Propaganda bei dieser Gelegenheit die Welt von der Harmlosigkeit des Dritten Reiches zu überzeugen. Das wird ihm bei vielen vielleicht sogar vorübergehend gelingen. Denn die Besucher der Olympiade sehen ja nichts von dem unterirdischen Geschehen, nichts von dem Elend, das der Nationalsozialismus für das deutsche Volk bedeutet. Wird die Welt auch an diesem Prozeß teilnahmslos vorbeigehen? Wird sie sich durch Feste und Feiern betäuben lassen? Wir hoffen noch immer, daß es nicht so sein werde. Sollte es aber so sein, wie es Herr Göbbels wünscht, dann wird die Welt genau so für ihre Nachsicht büßen müssen, wie jetzt das deutsche Volk, und der Welt wird es genau so ergehen, wie den Illegalen, sie wird sich eines Tages im europäischen Gefängnis befinden.

Terrorurteile in Berlin

Zuchthausstrafen für Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder

Am Donnerstag, den 6./8. und Freitag den 7./8. standen 13 ehemalige Sozialdemokraten und Reichsbannermitglieder aus Berlin vor dem Kammergericht. Ihnen wurde Vorbereitung zum Hochverrat zur Last gelegt. Es wurden verurteilt:

Name	Antrag des Staatsanwalts:		Urteil:	
	Jahre	Zuchthaus	Jahre	Zuchthaus
Ackermann	4	Jahre Zuchthaus	3	Jahre Zuchthaus
Priebe	3½	„ „	2	„ Gefängnis
Matthes	2½	„ „	2	„ freigesprochen
Schröder	4	„ „	2	„ Zuchthaus
Dewald	3	„ „	1½	„ Gefängnis
Werner	3½	„ „	1½	„ „
Schulze	2	„ Gefängnis	1½	„ freigesprochen
Bosch	2	„ Zuchthaus	1¼	„ Gefängnis
Barz	2	„ „	1¼	„ freigesprochen
Gresenz	2	„ „	1½	„ Gefängnis
Kühn	3	„ „	1¼	„ „
Metzelthin	4½	„ „	4	„ Zuchthaus
Löbelt	2	„ „	2	„ freigesprochen

Der Angeklagte Metzelthin erhielt die höchste Strafe, weil er bereits in einem früheren Prozeß gegen Berliner Sozialdemokraten als Angeklagter erschien und bestraft worden war. Das Gericht nahm eine Fortsetzung dieser verbotenen Tätigkeit an und verurteilte ihn deshalb zu 4 Jahren Zuchthaus.

Allen Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

Der Botschafter der Hintertreppe

Ribbentrop — Hitlers Botschafter in London

»Es ist eine allgemeine Regel: Für schwere Unterhandlungen müßte man die erhabensten und scharfsinnigsten Geister gebrauchen; es bedarf nicht nur listiger Köpfe für die Intrige und geschmeidiger, um sich beliebt zu machen. Sie müssen auch ein so gutes Auge haben, daß sie jemand die Heimlichkeiten seines Herzens am Gesicht ansehen können; damit ihrem durchdringenden Blick nichts entgehe und alles durch die Macht ihres Rasonnements sich enthillte.«

(Friedrich II. Antimachiavelli.)

Vier Monate lang ist nach dem Tode des Botschafters von Hoesch die Londoner Botschaft des Deutschen Reiches unbesetzt geblieben. Den Engländern war die Vakanz mindestens ebenso peinlich wie die

Die internationale Verschwörung

Die Hand des Nationalsozialismus in Griechenland und Bulgarien

Nichtbeantwortung des berühmten Fragebogens. Sie erblickten darin einen Verstoß gegen die diplomatischen Gebräuche und gegen die internationale Höflichkeit. Sie erhalten nun endlich einen neuen Botschafter, und was für einen! Sie kennen ihn schon, sie kennen ihn zur Genüge. Dieser Botschafter ist ein Programm.

Zu den erhabensten und scharfsinnigsten Geistern gehört Ribbentrop bestimmt nicht — um so erfahrener ist er in den Künsten der Intrige und der Geschmeidigkeit, mit einem Worte, in der Politik der Hintertreppe. Auch die Macht des Rasonnements ist bei ihm nicht weit her — sie beschränkt sich im wesentlichen auf die These, daß der Nationalsozialismus nur ein Ziel kenne, die Welt vor dem Bolschewismus zu bewahren. Die Geistigkeit dieses Mannes und der von ihm vertretenen Politik läßt sich auf die Formel bringen: Feine Leute aller Länder, vereinigt euch gegen die Volksmassen! Das ist der Köder, den die Hitlerpolitik auswirft, und zeigt sich nicht bei den feinen Leuten aller Länder eine instinktive Geneigtheit darauf hereinzufallen? Auch in den demokratischen Ländern gibt es große Gruppen der Besitzenden, die insgeheim sagen: lieber die faschistische Diktatur als den Sozialismus. Daß dies zugleich bedeutet: lieber die internationale Anarchie, als die kollektive Sicherheit, lieber den imperialistischen Krieg als den Frieden und das internationale Recht, stört diese Kreise nicht, die immer viel mehr Sinn für Klassenmachtpositionen als für Kulturwerte gehabt haben.

Die Ernennung Ribbentrops zum Londoner Botschafter zeigt, welcher Art die Verständigung zwischen Deutschland und England sein soll, die das Hitlersystem anstrebt. Es soll eine Verständigung nicht der Volksmassen, sondern der Imperialisten beider Länder sein. Darin liegt eingeschlossen, daß diese Verständigung auf Kosten dritter gehen soll — sei es Frankreich, sei es Sowjetrußland, sei es Mitteleuropa. Diese Verständigung soll dem deutschen Imperialismus freie Hand geben zu Raubzügen, die er als Kreuzzug gegen den Bolschewismus tarnen will. In dieser Richtung lag bereits das berühmte Flottenabkommen vom Jahre 1935.

Wenn diese Politik zum Ziele führen sollte, so müßten sich allerdings entscheidende Wendungen in England selbst vollziehen. Dann müßte an die Stelle einer parlamentarischen demokratischen Politik eine brutale Machtpolitik des Großbesitzes und der Imperialisten treten. Die Ziele der Ribbentroperei sind mit der gegenwärtigen Fassade der englischen Politik jedenfalls unvereinbar, und es läßt voraussehen, daß die Aera Ribbentrop in London aus fortgesetzten Versuchen bestehen wird, eine bössartige Politik der Hintertreppe und der Täuschung der Öffentlichkeit durchzuführen. Der Mann, der in Deutschland eifrig geholfen hat, Hitler über die Hintertreppe in die Macht zu schieben, wird intrigieren, um den germanophilen Imperialisten in London das Ruder in die Hand zu geben.

Die englische offizielle Außenpolitik befindet sich in einer schweren geistigen Krise. Sachkundige Beobachter wie Wickham Steed stellen besorgt fest, daß die englische Regierung das Steuer losgelassen hatte und ihre Richtungspunkte verloren habe. Das ist eine günstige Gelegenheit für intrigente Machtpolitiker. Ribbentrop hat sich in England bereits als internationaler Intrigenspieler eingeführt, als er unter dem Vorwand privater Besuche hochpolitische Besprechungen mit dem früheren Luftfahrtminister Lord Londonderry in Anwesenheit führender Militärs und Fliegeroffizieren führte. Das ist jene Richtung, die auf ein imperialistisches Bündnis mit Deutschland hinarbeitet, die mit dem Gedanken eines neuen englisch-japanischen Bündnisses liebäugelt, die einer Vertiefung der englisch-sowjetrussischen Beziehungen entgegenarbeitet, und die innerlich durchaus willens ist, die faschistische These von der bolschewistischen Gefahr anzunehmen — weil sie ihren Klasseninstinkten entspricht.

Diesen Tendenzen stehen in England mächtige Strömungen entgegen, und je mehr sich das wahre Gesicht der braunen Außenpolitik enthüllt, um so unwahrscheinlicher wird es, daß die Hitlerpolitik ihre Ziele mit englischer Hilfe wird durchführen können. Die diplomatischen Besprechungen zur Vorbereitung der sogenannten Fünferkonferenz, die nun in London besonders eifrig geführt werden dürfen, werden die demokratischen Länder

Der Faschismus macht in zwei Balkanländern Fortschritte, in Griechenland und in Bulgarien. Beides sind Länder, um deren Einbeziehung in den faschistischen Block das Dritte Reich sich sehr bemüht. Beide Länder haben in der letzten Zeit den Wünschen Hitlerdeutschlands Entgegenkommen gezeigt — in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht.

In Griechenland hat der Ministerpräsident Metaxas mit Zustimmung des Königs einen Staatsstreich unternommen. Er hat das Parlament aufgelöst ohne Neuwahlen anzuordnen, er will die Parteien abschaffen und eine regelrechte Diktatur nach faschistischem Muster errichten. Als Vorwand für den Staatsstreich hat ein vierundzwanzigstündiger Proteststreik der Arbeiterschaft gedient. Dieser Streik sollte eine Demonstration für die Ziele der Arbeiterschaft gegen die Absichten von Metaxas sein. Die Arbeiterschaft verlangt das Koalitionsrecht und das Streikrecht, Metaxas dagegen wollte eine Zwangsorganisation nach italienischem und deutschem Muster, die keinen Raum für das Streikrecht läßt. Die parlamentarische Position von Metaxas war erschüttert, seine Parlamentsmehrheit im Begriff, von ihm abzufallen. Also wurde eine »kommunistische Gefahr« erfunden — eben die elementaren Forderungen der Arbeiter — um damit den Staatsstreich zu rechtfertigen. Das neue Regime ist

vor wichtige Entscheidungen stellen. Wollten sie vor der Ribbentroperei kapitulieren, so würden sie durch eine solche Kapitulation sich jedenfalls nicht nur in die europäische Anarchie, sondern auch in erhebliche innerpolitische Kämpfe stürzen.

Aber das ist ja gerade das Ziel der Hitlerpolitik! Sie ist eine Politik der Anarchie und der allgemeinen Brandstiftung, und mit diesem Programm geht Ribbentrop nach London.

Wilhelmstraße — befestigt

Wir die kommunistische »Deutsche Volkszeitung« mittelt, sind in Görings Reichsluftministerium Maschinengewehrtürme eingebaut worden. Von diesen Maschinengewehrnestern aus läßt sich die Wilhelmstraße vollständig beherrschen. Da nicht gut behauptet werden kann, daß das Dritte Reich in der Wilhelmstraße eine Schlacht mit dem äußeren Feind befürchte, müssen diese Maschinengewehre gegen den inneren Feind bestimmt sein. Die Leute, die angeblich das Volk hundertprozentig hinter sich haben und die tausend Jahre regieren wollen, müssen also schwere Träume haben — von zornigen Volksmassen, die kommen, um sie zur Verantwortung zu ziehen.

Kube abgesetzt

Ende eines treuen Würdenträgers
Der Gauleiter des Gaues Kurmark der NSDAP Jakob Kube ist von seinem Schicksal ereilt worden. In drei kurzen Zeilen an unauffälliger Stelle gibt der »Völkische Beobachter« bekannt:

»Auf Grund eines schwebenden Parteigerichtsverfahrens hat der bisherige Gauleiter der Kurmark, Kube, seine sämtlichen Ämter niedergelegt.«

Sein Nachfolger ist bereits ernannt, mit Jakob Kube ist es endgültig aus. Er ist eine der widerlichsten Gestalten in der nationalsozialistischen Parteihierarchie gewesen. Er war kein alter Kämpfer, sondern ein Deutschnazi, der einat nach dem Schutze der republikanischen Polizei vor dem Terror der Nazis gerufen hatte, als sie seine Versammlungen sprengten. Um so gefährlicher und gemeiner ist er später im preußischen Landtag gegen die republikanische Preußenregierung aufgetreten, der er einst die Nazis als Verbrecher und Gesindel denunziert hatte.

Dieser charakterlose Bursche hat in seiner Despotie einen einzigen großen Saustall von Korruption, Unterschlagung, Aemterschacher angeichtet. Wir haben im »Neuen Vorwärts« seinerzeit einige besonders krasse Fälle von nationalsozialistischer Unsauberkeit und von moralischer Zerfressenheit in der nationalsozialistischen Verwaltung aus seinem Gau niedriger gehängt. In den höchsten Spitzen der ihm unterstellten Amtswalter der NSDAP folgte eine Schweinerei der anderen. Einer seiner Untergebenen hat sich erschossen, nachdem riesige Unterschlagungen ans Tageslicht gekommen waren, andere wurden abgesetzt. Er selbst hat sich bisher gehalten. Die lakonische Mitteilung des »Völkischen

eine reine Militärdiktatur reaktionären Charakters. Es wird von der Presse des Dritten Reich gelobt, die, wie die »Frankfurter Zeitung« in echt faschistischem Geiste versichert, daß »immer weitere Kreise der Bevölkerung das alte Parteiensystem als ein störendes Ueberbleibsel der Vergangenheit empfunden hätten, das »den Bemühungen des Königs um die Herstellung einer nationalen Solidarität hindernd im Wege stand.« Das klingt verdächtig. Die Sowjetpresse jedenfalls beschuldigt offen Metaxas und den griechischen König, das sie sich in den Hitlerischen Block einfügen wollten und spricht von geheimen Abmachungen.

In Bulgarien ist der nationalsozialistische Einfluß ganz offenkundig. Das bulgarische Diktaturkabinet verandelt sich immer mehr in ein Kabinet Zankow. Zankow hat im Jahre 1923 in Bulgarien ein Regime des Terrors und der politischen Morde errichtet. Er ist ein notorischer Parteigänger des deutschen Imperialismus. Während alle Parteien verboten sind, dürfte er eine »bulgarisch nationalsozialistische Bewegung« organisieren. Er hat sich zum »Führer von Bulgarien« wählen lassen, zwei gegenwärtige Minister zu seinen Gehilfen und Stellvertretern. Er hat sogar »Sturmabteilungen« gebildet. Die profaschistische Politik des Zaren Boris und die prohitlerische Politik Zankows sind nach dem deutsch-italienischen Akkord

Boobachter« läßt jedoch nicht erkennen, aus welchem Grunde er den Tritt erhalten hat. Korruption ist in allen nationalsozialistischen Gauen das gewöhnliche Wegereicherung und Paschawirtschaft ist noch kein nationalsozialistischer Würdenträger geflogen. Naheliegender ist, daß sich Kube bei einer Richtung engagiert hat, die augenblicklich mißliebiger ist. In welchem Gefängnis oder Speziallager er verschwinden wird, oder ob er den obligaten »Selbstmord« begeht, interessiert uns nicht weiter. Er hat das schlimmste Schicksal tausendfach verdient.

Saubere und unsaubere Luft

Der ständige Sekretär des englischen Luftfahrtministeriums, Sir Christopher Bullock, ist auf dem Disziplinarwege unter Verlust des Pensionsanspruchs aus dem öffentlichen Dienst entlassen worden. Der Beamte — sein Rang entspricht dem eines Staatssekretärs in Deutschland — hatte mit der privaten staatlich unterstützten Gesellschaft Imperial Airways über seine Uebernahme in den Vorstand dieser Gesellschaft verhandelt. Diese in seinem Privatinteresse geführten Verhandlungen gelten als Verstoß gegen das englische Beamtengesetz, den Civil Service Code.

Von dieser strengen Sauberkeit hat die deutsche Großindustrie, und namentlich die Schwerindustrie nie etwas gehalten. Sie hat jederzeit Beamte, die ihr nützlich gewesen waren, in führenden Vorstands- und Aufsichtsratsstellungen untergebracht, sie hat jederzeit darauf hingearbeitet, daß gewissermaßen eine Fluktuation zwischen Industrie und Verwaltung stattfand.

Mit dem Anbruch des braunen Systems ist die Trennung von Verwaltung und Industrie auch vom Staate her verwischt worden. Der Prozeß der »Gleichschaltung«, in dem private Bereicherungsinteressen sich als politische Interessen ausgaben, hat ein tolles Durcheinander geschaffen — nicht nur auf dem Gebiete der Industrieverwaltung, sondern auch auf dem Gebiete des Industriebesitzes. Es wäre sehr interessant zu erfahren, wie nach englischen Sauberkeitsbegriffen die Tatsache bewertet wird, daß der deutsche Luftfahrtminister seit seinem Eintritt als preußischer Ministerpräsident in die Regierung in den Besitz eines großen Aktienpaketes der Bayerischen Motorenwerke gekommen ist, so daß er direkten Vorteil von der Politik der deutschen Luftaufrüstung zieht, die von ihm eingeleitet worden ist und in gigantischem Ausmaß vorwärtsgetrieben wird.

Erinnerung an einen Meineid

Am 3. August fand im Sterneckerbräu in München eine nationalsozialistische Gedenkfester statt. Sie galt, wie der »Völkische Beobachter« mittelt, der »Geburtsstunde der Sturmabteilung vor 15 Jahren.« Der »Völkische Beobachter« berichtet:

»Das stille Leibezimmer im Sterneckerbräu ist nicht nur die Wiege der Bewegung, in seinen waffengeschmückten Wänden schlug auch die Geburtsstunde der »Turn- und Sportabteilung«, die wenige Mo-

unter einen Hut gebracht worden. Der kriegslüsterne Revisionismus bereitet sich auf neue Kriegsabenteuer vor.

Es ist allerdings fraglich, ob die Diktatoren statt ihre Länder zu bündnisfähigen Kriegsmächten zu machen, sie nicht in vollkommene innere Zerrüttung stürzen; denn die Widerstände sind in beiden Ländern groß und die Opposition macht Anstrengungen, sich zu formieren.

Vasallen und Bundesgenossen

Hitler hat am 6. August aus Anlaß der Olympiade einen Fürstenempfang veranstaltet. An diesem Empfang nehmen teil (außer dem Erbprinzen von Schweden, der als Wandschirm vor dem wahren Charakter des Empfanges diente):

Italien: der Kronprinz von Italien und Prinzessin Marie von Savoyen, Prinz und Prinzessin Philipp von Hessen, der italienische Propagandaminister und Gattin, die beiden Söhne Mussolinis, der italienische Botschafter.

Griechenland: der Kronprinz von Griechenland, der griechische Gesandte mit Damen.

Bulgarien: der König von Bulgarien.

Diese Zusammensetzung kennzeichnet den Charakter des Empfangs, sie ist eine kleine Illustration zur faschistischen Blockbildung.

nate später den Namen »Sturmabteilung« erhielt.

Hitler hat in dem bekannten Reichsgerichtsprozeß gegen hochverräterische Offiziere, in dem er seine Legalität beschwor, bestritten, daß SA Sturmabteilung heiße. Noch im Jahre 1932 hat der damalige Chef der SA, von Pfeffer, vor Gericht feierlich beschworen, daß SA Sportabteilung heiße und nie Sturmabteilung bedeutet habe. Heute feiern sie, was sie damals abgeschworen haben.

Diese Erinnerung an einen bewußten, straffälligen Meineid ist zugleich eine Erinnerung an die Begünstigung, die die meinedigen Hochverräter von einer nicht minder meinedigen Justiz erfahren haben.

Olympia-Pleite in Polen

Aus Polen wird uns geschrieben:

Die gleichgeschalteten Zeitungen der deutschen Minderheit in Lodz, Bromberg und Posen haben seit Monaten großzügige Propaganda für den Besuch der Olympiade gemacht. Sie haben Sonderzüge zur Olympiade bestellt und Massenbesuch angekündigt.

Diese Aktion hat mit einer großen Blamage geendet. Eine Zeitung, die sich gerühmt hat, daß sie bereits 2000 Teilnehmer geworben habe, brachte, bei der Abfahrt des Zuges nur 120 Teilnehmer zusammen. Und ähnlich erging es allen anderen. Große Inserate, lockende Versprechungen, der ganze Propagandarammel, der einen Begeisterungsrausch erzeugen sollte — alles ist nun dahin.

Woher dieser Zusammenbruch? Die Wogen der Begeisterung gingen anfänglich hoch, aber sie ebten ab, als die Begeistererten erfuhren, daß Hitlerdeutschland ihnen nichts schenken wollte, sondern vielmehr auf ihr Geld wartete. Denn opfern — opfern für das braune Vaterland, das wollten sie denn doch nicht.

Handelspolitische Brandstiftung

Gegenwirkung gegen Schacht.

Während des Besuches Schachts in Jugoslawien hat Jugoslawien eine Art von Einfuhrsperre gegen britische Waren auf dem Wege der Devisenzuteilung eingeführt, um Raum für deutsche Einfuhr zu schaffen, die als Bezahlung für die aufgelaufenen deutschen Schulden dienen sollten. In diesem Falle hat die Schachtsche Taktik den jugoslawischen Gläubiger in eine böse Lage gebracht. Die englischen Exporteure haben laut Beschwerde erhoben und die englische Regierung ist in Jugoslawien vorstellig geworden, da diese Sperre einen Bruch des englisch-jugoslawischen Handelsvertrags darstelle. Verhandlungen über diese Beschwerde sind augenblicklich in Gang.

Die Schachtsche Taktik läuft nicht nur auf einen Betrug und eine Erpressung an den Gläubigern hinaus, sie schafft darüber hinaus noch handelspolitische Konflikte zwischen Ländern, die bisher friedlich miteinander verkehrten. Sie fügt zu der allgemeinen politischen Brandstiftung des Systems noch die handelspolitische Brandstiftung.

Aus einer kleinen Despotie

»Wenn mein Vater mit den Augen zwinkert, zittert ganz Hessen!«

Man schreibt uns aus Kassel:

Kassel ist im Dritten Reiche wieder Residenzstadt geworden. Seine Hoheit von Hitlers Gnaden, der Gauleiter Weinrich, schwingt dort das Zepter. Er ist dazu auch berufen, denn alle, die ihn kannten, stimmen darin überein, daß er immer schon ein Taugenichts war. Dieser Gauleiter hat auch eine Tochter, deren Arroganz ebenso bekannt ist, wie die Qualitäten ihres Vaters. Die »bessere« Tochter fährt ihren Mercedes-Wagen und hat daneben auch — wie es sich eben im Dritten Reiche gehört — ihr Reitpferd. Eines Morgens ritt der Gauleiters Töchterlein im Kasseler Stadtpark. Ein arbeitender Wegemacher wich ihr nicht so rasch aus, wie es das Töchterlein für notwendig fand. Darum schlug sie mit ihrer Reitpeitsche nach dem Wegemacher und kreischte: »Platz da! Sie wissen wohl nicht, wer ich bin? Wenn mein Vater mit den Augen zwinkert, zittert ganz Hessen!«

Vor einiger Zeit verlobte sich die Gauleiterstochter mit einem Dr. Weber, einem völlig unbekanntem Mann, von dem man aber sagte, daß er in den »besten Kreisen« von Kassel verkehre. Die Kasseler Bevölkerung wußte, daß ihr hohe Festtage bevorstanden, denn man rüstete zur Hochzeitsfeier der Gauleiterstochter. Doch andere Personen griffen bald in diese trauten Vorbereitungen störend ein und am Polterabend, also am Abend vor der Trauung, kam sogar die Kriminalpolizei und verhaftete den Bräutigam. Und das kam so: Als die Verlobung der Gauleiterstochter bekanntgegeben war, erschloß sich die seitherige Braut des Dr. Weber. Nun schrieb die Schwester der Selbstmörderin dem Gauleiter Weinrich, daß Dr. Weber schon zwei Menschenleben auf dem Gewissen habe, ihre soeben aus dem Leben gegangene Schwester und ein anderes Mädchen, das sich vorm von Dr. Weber betrogen fühlte und deshalb ebenfalls aus dem Leben schied. Die Briefschreiberin hat sich dann wohl eingehend über Dr. Weber erkundigt und das in mehreren Briefen dem Gauleiter mitgeteilt. Endlich, als sie wiederholt geschrieben hatte, erhielt sie vom Gauleiter die Antwort, daß sie, wenn sie mit ihren Anschuldigungen gegen Dr. Weber fortfahre, in das Konzentrationslager geschafft werde.

Was die Briefschreiberin dann tat, ist nicht so wichtig. Man sagt, sie sei nach Berlin gefahren, um dort ihre Klagen anzubringen. Inzwischen nahmen die Vorbereitungen zur Hochzeit in Kassel ihren Fortgang. Im elegantesten Hotel der Stadt sollte der Hochzeitschmaus gehalten werden, wozu Hunderte von Einladungen ergangen waren. Zur Teilnahme an der kirchlichen Trauung waren besondere Einlaßkarten ausgegeben. Am Polterabend aber kam auf einmal die Kriminalpolizei und verhaftete den »besseren« Bräutigam. Das war eine unliebsame Betriebsstörung und — um die Gauleiterstochter wurde es von da ab ganz still.

Nun war vor wenigen Tagen in Kassel eine Gerichtsverhandlung gegen einen Hochstapler Dr. Weber, der zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Der Mann wurde wegen gewerbetreibender Abtreibung verurteilt. Er hat Mädchen, die sich ihm anvertrauten, nach Berlin zu einem »jüdischen« Arzt, der inzwischen verstorben ist, geschickt, und dieser hat die strafbaren Handlungen vorgenommen. So konnten man aus der Gerichtsaktennotiz in den Kasseler Zeitungen entnehmen. Nun wird man sich fragen, wieso die Schonung gegen den »verstorbenen jüdischen« Arzt, dessen Namen nicht einmal die Öffentlichkeit erfährt? Des Rätsels Lösung soll darin bestehen, daß der »Berliner« Arzt gar kein Jude ist, sondern ein stromer Nazi und noch fröhlich und zufrieden lebt. Im Gerichtssaal stellte sich weiter heraus, daß der Dr. Weber seinen Dokortitel zu Unrecht führt, daß er lediglich ein ganz geriebener Schwindler ist. Wenn es auch nicht in den Zeitungen stand, aber die Kasseler wissen es doch alle, daß der zu Zuchthaus verurteilte Weber ohne Dr., den Bräutigam der Gauleiterstochter war. Nun zittert nicht ganz Hessen, sondern genießt die Schadenfreude. Und am meisten freuen sich die P. G. des Gauleiters.

Gerade aus den Kreisen der P. G. des Gauleiters kommen nun die Andeutungen, daß gegen den Beinahe-Schwiegersohn ja noch ein weiterer Prozeß steigen müsse, denn der Kerl habe ja 400.000 (vierhunderttausend) Reichsmark ins Ausland verschoben. Die P. G. interessiert vor allem, ob in dieser Gerichtsverhandlung auch

Reise nach Spanien

Ein Mahnruf an die Demokratien

Von Louis de Broeckère

(I. I.) Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Genosse Louis de Broeckère, hat als Beauftragter der SAI gemeinsam mit Pietro Nenni die kämpfenden Arbeiter in Spanien aufgesucht. Er berichtet:

Ich komme soeben von einer raschen Reise nach Spanien zurück. Es galt, in möglichst kurzer Zeit — denn die Zeit ist für uns heute ungemein kostbar — möglichst viel an Auskünften und Eindrücken zu sammeln. Das Gesammelte wird noch geordnet werden müssen. Aber schon jetzt gehen aus meiner Erhebung zwei Feststellungen hervor; und ich will vorausschicken, daß ich trotz der Kürze meines Aufenthaltes Gelegenheit gehabt habe, viele Leute — sachkundige Leute — zu sehen und viele Dinge zu beobachten.

Die erste Feststellung ist, daß die spanische Regierung und das spanische Volk durchaus in der Lage sind, mit dem Aufstand fertig zu werden, wenn man es den beiden Teilen überläßt, die Sache unter sich auszutragen.

Kein Zweifel, der sorgfältig vorbereitete Hochverrat der Militärs hat furchtbare Folgen gehabt. Man schätzt die Zahl der Offiziere, die ihren Treueid offen gebrochen oder eine sehr zweifelhafte Haltung eingenommen haben, auf 75 bis 80 Prozent des Offizierskorps. Sie haben einen großen Teil des Heeres mitgerissen. Sie haben sich befestigter Städte, großer Waffenbestände und Vorräte der Armee bemächtigt. Die rechtmäßige Regierung sah sich mit einem Soblage fast aller Aktionsmittel beraubt und die Verräter konnten mit gutem Grund hoffen, daß sie das Land in einen Zustand der Anarchie stürzen würden, der jeden längeren oder auch nur ernsthaften Widerstand gegen ihren Handstreich unmöglich gemacht hätte.

Aber die Antwort des Volkes war großartig. Vom ersten Tage an haben die Volksmilizen, ohne militärische Schulung und fast ohne Waffen, sieghafte Tapferkeit bewiesen. Einzelne Episoden wie die Wiedereroberung von Barcelona oder der Sturm auf die Montana-Kaserne in Madrid sind ebenso staunenswerte Taten wie die Erstürmung der Bastille.

Ich kann ohne Zögern feststellen, daß heute bereits die Regierung eine militärische, finanzielle, politische und moralische Ueberlegenheit besitzt, die sich von Tag zu Tag festigen muß — wenn die Ereignisse ihren normalen Verlauf nehmen.

Aber werden sie normal verlaufen? Diese Frage führt mich zur zweiten Feststellung.

Das republikanische Spanien ist stark genug, allein und ohne irgendwelche Hilfe gegen seinen eigenen Faschismus zu kämpfen; aber es ist außerstande, mit seinen Kräften allein dem vereinigten Vorstoß aller faschistischen Mächte Europas standzuhalten. Ihre Koalition ist heute eine Tatsache — und es gilt, sich die Folgen dieser Tatsache klar zu machen.

festgestellt wird, woher Weber diese hohe Geldsumme hatte. Er war dafür bekannt, daß er eher Schulden als Bargeld besaß. Und die P. G. meinen, daß der Gauleiter allein vor Gericht die Wahrheit darüber aussagen könnte, woher das ins Ausland verschobene Geld stammt!

Pressefreiheit — wie sie sie verstehen

Das Reichsgericht hat entschieden, daß es auch heute in Deutschland eine Pressefreiheit gibt, wenn auch »eine Pressefreiheit anderer Art...« Es klingt wie ein Märchen, aber man wird gleich die Belege der Wirklichkeit erleben. Ein Angeklagter war verurteilt worden, weil er gesagt hatte, daß »heute keine Pressefreiheit mehr bestehe...« Das Urteil wurde vom Reichsgericht aufgehoben und die amtliche »Deutsche Justiz« veröffentlicht eine Begründung, deren Gelenkigkeit sich auf jeder Olympiade sehen lassen kann. Es heißt da:

»Es sei selbstverständlich, daß durch die Ordnung der Presse auch die Wahlergebnisse beeinflusst wurden; diese sollten ja der Ausdruck dafür sein, wie weit es der Staatsführung gelungen sei, die Volksgenossen durch die ihr zur Verfügung stehenden Erziehungsmittel, zu denen auch die geordnete Presse gehöre, für ihre Ideen oder für eine bestimmte Maßnahme zu gewinnen, die den Anlaß zur

Portugal, Deutschland, Italien nehmen mehr und mehr die Haltung regelrechter Kriegführender an. Das geschieht auf mehrfache Art. Ich will heute nur die augenfälligste dieser Formen aufzeigen, die die öffentliche Meinung am meisten erregt.

General Franco verfügt über eine Armee in Afrika: sie besteht hauptsächlich aus der Fremdenlegion und aus marokkanischen Söldnern, die er in aller Eile anwirbt. Er versucht gerade jetzt, sie nach Spanien herüberzubringen. Wenn ihm das gelingen sollte, so nur dank den See- und Luftkräften, die Deutschland und Italien in das Gebiet der Meerenge von Gibraltar geschickt haben. Schon jetzt sind italienische Wasserflugzeuge — von denen etliche noch am 28. Juli in den Länden der italienischen Kriegsluftflotte zu finden waren — in Aktion getreten. Man hat auf Seiten Francos das Vorhandensein dreier großer, mindestens dreimotoriger deutscher Flugzeuge festgestellt; auf einem davon war die Standesnummer der deutschen Luftflotte nur unzulänglich entfernt. Man hat allen Grund zur Annahme, daß eine Schiffsladung, die insbesondere 28 Flugzeuge enthält, auf dem Wege von Hamburg nach Spanisch-Marokko ist.

Wenn also Franco, dank dieser mächtigen Unterstützung, längere Zeit den Seeweg offen finden sollte, dann wird die Lage der spanischen Regierungstruppen wesentlich schwieriger werden. Auch dann werden sie, wie ich überzeugt bin, dem eingedrungenen Gegner zähen Widerstand entgegenzusetzen; aber gegen eine militärische Ueberlegenheit, die mit der Zeit erdrückend werden könnte, laufen sie offensichtlich Gefahr, schließlich besiegt zu werden.

Aber dann wären die westlichen Demokratien mit ihnen besiegt! Denn wenn der spanische Krieg diese Formen annimmt, dann wird er unentrinnbar zum allgemeinen Krieg!

Denn niemand wird so dumm sein, zu glauben, daß Franco diese Hilfe, die ihm Italien und Deutschland leisten und ohne die er nichts ausrichten könnte, von den beiden faschistischen Regierungen umsonst empfängt. Er kann nur siegen, wenn er ihr Vasall wird. Sein Sieg brächte die Festsetzung Hitlers und Mussolinis in Marokko, an der Meerenge. Sie gewinnen dadurch die Herrschaft über das ganze westliche Mittelmeer, hätten das europäische Frankreich von Französisch-Afrika abgeschnitten und die Verbindung Englands mit Indien unterbrochen.

Und das würde bedeuten, daß Frankreich und England schließlich in den Krieg eintreten müßten, weil sie es nicht vermocht hätten, rechtzeitig ihre Pflicht zu tun: ihre Pflicht, den Frieden zu retten.

Ich weiß, wie schwerwiegend das ist, was ich nunmehr zu sagen habe und ich sage es nur, weil ich damit eine schmerzliche Gewissenspflicht erfülle.

Wahl bilde. Es sei auch selbstverständlich, daß die Wahlergebnisse zuungunsten der Staatsführung beeinträchtigt würden, wenn ein erheblicher Teil der Volksgenossen, »die alles glauben, was sie lesen«, unter den Einfluß einer Presse gerieten, die an den Ideen und Maßnahmen der Staatsführung ständig abfällige Kritik üben würde.»

Und nun kommt der salomonische Spruch, der den Mann befreit, ohne ihm Recht zu geben:

»Im Volk werde unter Pressefreiheit weithin jene nahezu unbeschränkte Pressefreiheit verstanden, die ein Merkmal liberalistischer Staaten sei. Es liege die Annahme nahe, daß dies auch auf die Äußerung des Angeklagten, es bestehe keine Pressefreiheit, zutreffe. Wenn aber dies der Sinn jener Äußerung gewesen sei, dann sei in ihr weder eine unwahre Behauptung tatsächlicher Art noch ein unrichtiges Werturteil enthalten.«

Übersetzen wir die verrückte Logik des tollen Spruchs ins Deutsche: 1. Die Freiheit der »geordneten Presse« besteht darin, alles schreiben zu dürfen, was die Wahlergebnisse zugunsten des Systems beeinflusst.

2. Die Wahlergebnisse sind mithin ein Beweis, wie weit es der Regierung gelungen ist, das Volk zu gewinnen!

3. Dürfte eine Presse an den Maßnahmen der Regierung Kritik üben, so wäre das Wahlergebnis gefährdet und ein falscher

Ich habe die absolute Ueberzeugung, daß wir an einem entscheidenden Punkt für die Rettung des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus angelangt sind — dieser Dreieinheit, die ich in meinem Denken niemals voneinander trenne, weil sie auch in der Wirklichkeit untrennbar ist.

Die Haltung der faschistischen Staaten ist nichts anderes als ein regelrechter Angriff. Die Handlungen, deren sie sich in offenkundiger Verletzung des Völkerrechtes schuldig machen, decken sich übrigens mit den meisten modernen Begriffsbestimmungen des Angriffs.

Und Europa läßt es geschehen. Es läßt die Zerstörung der spanischen Republik mit dem gleichen Mangel an Mut geschehen, den es im Fall Abyssinien bewiesen hat. Redet man nicht sogar von »Neutralität« zwischen der spanischen Regierung und einer Bande hochverräterischer Offiziere — ein Wort, das alle unsere Rechtsbegriffe verletzt!

Europa läßt es geschehen! »Um den Frieden zu retten«, sagt man — weiche eine unbegreifliche Verblendung!

Sieht man denn nicht, daß man, von einem Zugeständnis, einem Zurückweichen zum andern, von einer Schwäche, einer Kapitulation zur nächsten, den Faschismus die Initiative und die politische Führung Europas überläßt? Versteht man nicht, daß man selber von Tag zu Tag seine Freiheit steigert, daß man sie ins Ungemessene steigern wird und daß er nicht Halt machen, sondern uns in den Krieg stoßen wird — um so gewisser, je mutloser er uns findet. Welch ein verhängnisvoller Irrtum, daß man auf diese Weise immer den Frieden mit der Feigheit verwechselt!

Nehmen wir selbst an — denn man muß auch das Unmögliche annehmen — daß wir wirklich teilnahmslos der Erdrosselung der spanischen Republik durch den vereinigten Faschismus zusehen könnten. Werden wir so den Frieden gewonnen haben?

Nicht einmal um diesen Preis, denn eine Herausforderung würde der anderen folgen. Und sie brächen uns obendrein den Bürgerkrieg. Denn warum sollten bei uns zu Hause die Militärs, die Bankiers, die Faschisten nicht dasselbe tun, was anderswo so trefflich gelungen wäre? Warum sollten sie nicht mit Hilfe ausländischer Bajonette die Demokratie bei uns vernichten?

Dann endlich würden wir uns verteidigen? Aber wer versteht nicht, daß es dann zu spät wäre?

Jetzt gilt es den Frieden zu retten, indem man die spanische Republik rettet. Wenn wir aus Mangel an Mut zulassen, daß sie umgebracht wird, dann wird der Krieg, unter den ungünstigsten Bedingungen, nahezu unvermeidlich.

Jetzt oder nie! Vielleicht hat Europa nur mehr wenige Tage Zeit, sich zu entscheiden. Bleibt es noch immer unentschieden und ängstlich, dann ist es selbst an seinem furchtbaren Schicksal schuld!

Beweis geliefert, weshalb diese Kritik verboten ist.

4. Der Angeklagte hat zwar etwas Unwahres behauptet, es gibt die hier dargelegte Pressefreiheit, aber im Volkssinne war sein Werturteil richtig.

Wenn das keine Equilibristik ist! Das Reichsgericht weiß, daß es für die »geordnete Presse« nur einen geordneten Maulkorb gibt; es konnte jedoch die Argumente des gegnerischen Anwalts nicht an und mußte darum mit der Stange aufs Seil. Und so bleibt wieder einmal ein tolles Ergebnis: die mutigen Erneuerer Deutschlands vernichten als erstes die Meinungs- und Pressefreiheit und wagen sich bis heute noch nicht zu ihrem Werke zu bekennen! Diese sozusagen Neo-Liberalen haben ja bekanntlich auch noch die fabelhafte Volksabstimmungs-Demokratie; sie wagen ohne den Schein demokratischen Erbgutes weder vor das Volk, noch vor die Welt zu treten. So stark wurzeln die liberalistischen Errungenschaften.

Die Schachtelsätze. Reichsminister Frick stellt in einem Rundbrief fest, daß die Bemühungen um die Pflege der deutschen Sprache im amtlichen Verkehr »noch keinen vollen Erfolg gehabt« hätten. Frick erbot sich über die Schachtelsätze. Solange die braunen Bürokraten »Hitlers Kampf« als Evangelium vor sich haben, wird Frick der Schachtelsätze nicht Herr werden.

Friedensverträge zur Kriegsvorbereitung

Der Angriff auf die kollektive Sicherheit

Zielbewußt geht die deutsche Politik an die wirtschaftliche Durchdringung des mittel- und osteuropäischen Raums. Dazu bewegen sie einmal ökonomische Gründe. Darrés Agrarpolitik stößt trotz des unerhörten Aufwands an Kosten, Organisationsarbeit und Versklavung der Landarbeiter auf schwer zu überwindende Schranken. Die Ausdehnung der Ernteflächen und die Intensivierung des Anbaus haben bisher trotz aller Ernteschlächten zu keinen Erfolgen geführt und immer aufs neue ergeben sich Versorgungsschwierigkeiten. Dazu kommt, daß mit der Hochkonjunktur in der Rüstungsindustrie auch die Schwierigkeiten wachsen, die verelendeten Landarbeiter auf der Scholle festzuhalten. Die Aufrufe gegen die Landflucht mehren sich und drohend wie sie jüngst in Hessen, den Arbeitern, die — natürlich grundlos — ihren Arbeitsplatz verlassen, angekündigt, daß »die gegebenen gesetzlichen Vorschriften unnachlässig gegen sie zur Anwendung gebracht« werden. Die bayrische Regierung und der bayrische Bauernführer sind noch weiter gegangen. Landwirtschaftliche Arbeitskräfte, die das Verbrechen begehen, ihre Stellung zu verlassen, weil ihnen anderwärts höhere Löhne geboten werden, gegen die werde mit Schutzhaft und Konzentrationslager vorgegangen werden! Die Maßnahmen sind nicht nur bezeichnend für den nationalsozialistischen Geist, sie zeigen zugleich, daß die Darrésche Politik an die Schranke der Arbeitsversorgungsmöglichkeit stößt. Auf alle Fälle geht der Autarkisierungsprozeß nicht so rasch voran wie es das Bedürfnis der Kriegsbereitschaft erfordert und deshalb muß der deutsche Wirtschaftsraum durch agrarische und Rohstoffgebiete ergänzt werden, deren Produktion auf das deutsche kriegswirtschaftliche Bedürfnis allmählich umgestellt wird und die zugleich in der militärischen Reichweite der deutschen Diktatur liegen.

Zu dem wirtschaftlichen kommt der politische Zweck. In dem Verhältnis zu dem großen Deutschen Reich sind die kleinen Staaten die weitaus Schwächeren. Ihre wirtschaftliche Angewiesenheit führt nur zu leicht zu dem, was Schacht nach seiner Balkanreise politische Freundschaft genannt hat, und was in Wirklichkeit politische Abhängigkeit bedeutet. Die nationalsozialistische Propaganda hat es verstanden, sich fast in allen Kleinststaaten nicht nur in den deutschen Minoritäten, sondern auch in den reaktionären, militaristischen und faschistischen Kreisen starke Stützpunkte zu schaffen. Mit dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen kommen jetzt in den agrarischen und Rohstoffproduzenten und Lieferanten wichtige Interessenten hinzu, die »Freundschaftsbeziehungen zur deutschen Diktatur fordern. Und dazu gesellt sich noch der nicht gering zu schätzende Vorteil, daß der Abschluß solcher Wirtschaftsverträge als Beweis von Friedenspolitik, von Ausräumung wirtschaftlicher Konfliktmöglichkeiten ausgegeben werden kann, also als das gerade Gegenteil dessen, um was es sich in Wirklichkeit handelt: der Verstärkung der Kriegsrüstung...

Das deutsch-litauische Abkommen

Ein Musterbeispiel dieser Politik stellt das neue deutsch-litauische Wirtschaftsabkommen dar, das am 5. August in Berlin unterzeichnet worden ist. Der gesamte Warenverkehr zwischen beiden Ländern wird auf der Grundlage der Gegenseitigkeit neu geordnet. Die Zahlungen werden auf den Verrechnungsweg abgewickelt. Das Abkommen schließt auch eine umfassende Neuregelung des Grenzverkehrs ein, der seit geraumer Zeit unterbrochen war.

Die deutsche Diktatur hatte in den letzten Jahren den früher recht regen Wirtschaftsverkehr mit Litauen fast völlig zum Stillstand gebracht, um von einem Druck zu einer ihr genehmen Regelung der Memelfrage auszuüben. Umfaßte der deutsche Außenhandel mit Litauen in den Jahren 1926—30 in Ein- und Ausfuhr etwa je 60 Millionen jährlich, so ging die deutsche Ausfuhr von 60,1 Mill. RM im Jahre 1930 auf 6,7 Mill. im Jahre 1935 zurück. Die Einfuhr aus Litauen, die 1930 noch 67,9 Mill. RM betragen hatte, betrug im ersten

Halbjahr 1936 nur noch 2,6 Mill. RM. Nicht nur die Litauer, sondern auch die Deutschen Memels litten außerordentlich unter dem Hitler-Boycott. Nur allmählich besserte sich die Lage durch Umstellung des litauischen Außenhandels auf Rußland und hauptsächlich auf England, das gegenwärtig fast die Hälfte des litauischen Exports aufnimmt. Diese Besserung in der Wirtschaftslage des kleinen Landes ist es auch, die zur Aenderung der deutschen Taktik beigetragen hat.

Der neue Vertrag setzt Kontingente fest, durch die Litauen seine Einfuhr zunächst auf etwa 12,6 Mill. RM erhöht und Deutschland sich zur Abnahme bestimmter landwirtschaftlicher Produkte verpflichtet. Der Schweine-Import wird in der Höhe von 3,36 Mill. RM zugelassen, was für Memel von besonderer Bedeutung ist, während der nächstgrößte Posten Butter mit 2,5 Mill. RM vor allem für Litauen selbst ins Gewicht fällt. Für Memel ist auch die neue Absatzmöglichkeit von Zucht- und Schlachtvieh wichtig, um so mehr, da nach den veterinärpolizeilichen Abmachungen alles Vieh, auch das von Litauen gelieferte, in Memel von deutschen Stellen aufgekauft und geschlachtet wird. Nimmt man hinzu, daß der kleine Grenzverkehr, für den besondere Erleichterungen vorgesehen sind, eine Zone von 10 Kilometern umfaßt, die mehr als die Hälfte des Memelgebiets einschließt, so kann man schon von einer gewissen Eingliederung des Memelgebiets in das deutsche Wirtschaftsgebiet sprechen.

Seine politische Bedeutung

Aber noch wichtiger als die ökonomische Bedeutung des Vertrages, die in einer recht nützlichen Ergänzung der deutschen Ernährungsgrundlage besteht ist seine politische Tragweite. Mit keinem Lande außer Sowjetrußland hatte die deutsche Diktatur so schlechte Beziehungen wie mit Litauen. Ausdrücklich hatte Hitler zunächst Litauen von seinen Angeboten zweiseitiger Nichtangriffspakte ausgenommen, die gleichgeschaltete Presse mußte immer wieder von Entrüstung über die Vergewaltigung Memels beben und die »Feindstaaten« wurden als Garanten des Memelstatuts mit deutschen Protesten bombardiert, denen namentlich England auch Genüge zu tun trachtete. Memel galt als Krisenherd erster Ordnung und viele Leute wußten bestimmt, daß es nach der Olympiade dort losgehen werde. Noch im berüchtigten Fragebogen

erkundigte sich Englands Regierung besorgt nach den Absichten Deutschlands gegenüber Litauen.

Hitler hat einen anderen Weg gewählt. Es heißt das Zielbewußtsein der deutschen Gewaltpolitik unterschätzen, wenn man ihr zumutet, sie gäbe sich mit kleinen Dingen zufrieden. Auch in der Außenpolitik ist sie totalitär und sie sammelt alle Kraft für die große Auseinandersetzung, die eine Auseinandersetzung mit den Westmächten oder mit Rußland sein muß. Der Vertrag ist in Berlin als neuer Friedensvertrag proklamiert worden und feierlich wurde er vom Außenminister Neurath selbst und vom litauischen Gesandten Saulys unterzeichnet. Ein offizielles Berliner Kommuniqué gibt den Verträgen ausdrücklich die Auslegung, sie seien beiderseitig bewußt in der Absicht abgeschlossen, zu einer Entspannung der Beziehungen beizutragen. Die offiziöse Berliner »Börsenzeitung« sieht voraus, daß Litauen in seiner Politik im Memelgebiet den deutschen Wünschen mehr als bisher Rechnung tragen werde. Litauen werde von nun an sicherlich die Voraussetzungen für eine ersprießliche Weiterentwicklung auf der Grundlage und im Geiste des Abkommens schaffen. Daß diese Politik wohl überlegt ist, zeigt die Tatsache, daß Hitler die ersten Schritte schon am Tage der Rheinlandbesetzung gemacht hat, als er in seiner Reichstagsrede seine Bereitschaft erklärte auch mit Litauen einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Deutschland und nicht Litauen ergriff dann die Initiative zu den Wirtschaftsverhandlungen.

Indem Deutschland diesen Vertrag, von dem es auf die Dauer immer stärkeren Einfluß in dem kleinen Lande erwartet, das mit Polen bisher wegen des Raubs von Wilna schwer verfeindet ist und sich vor dem mächtigen Sowjetstaat fürchtet, nun abschließt, will es den Westmächten, vor allem England beweisen, daß es selbständig, ohne sie und ohne Völkerbund, aber auch ohne Gewalt mit den Schwierigkeiten in Osteuropa fertig werden kann. Hat es das nicht schon mit seinem polnischen Vertrag von Januar 1934 und erst recht neuerdings mit dem österreichischen Abkommen vom 11. Juli bewiesen? Deutschland schafft jetzt an einer Stelle, wo namentlich die öffentliche Meinung Englands unmittelbare Kriegsgefahr befürchtet hat, zunächst eine Entspannung. Ist das nicht

eine schlagende Widerlegung der französischen Politik der kollektiven Sicherheit, der Notwendigkeit der von Frankreich und England zu garantierenden Regionalpakte, des ganzen Völkerbundssystem überhaupt? Und ist es deshalb nicht ein ausgezeichnetes Mittel einen neuen Keil zwischen die englische und französische Politik zu treiben, die öffentliche Meinung Englands zu beruhigen, sie von den Friedensabsichten Hitlers endlich zu überzeugen und so auf der künftigen Locarnokonferenz Frankreich zu isolieren und England auf die italienisch-deutsche Seite zu ziehen? Und ist diese Spekulation so abwegig, wo doch in England Regierung und Opposition so gern überzeugt sein möchten?

Hitlers Friedensverträge haben es in sich. Der Vertrag mit Polen, dem »Alliierten« Frankreichs, hat Deutschlands Ostgrenze entlastet und zugleich Rußlands Isolierung von Europa herbeizuführen versucht. Deutschlands Vertrag mit Mussolini über Oesterreich hat die deutsch-italienische Kooperation gegen die Westmächte befestigt, ihre Räubersolidarität gegen England und Frankreich gestärkt und trägt heute in Spanien schon seine Früchte. Der Vertrag mit Litauen, dem Ländchen zwischen Deutschland und Rußland, verspricht das strategisch wichtige Gebiet allmählich in die deutsche Interessensphäre einzubeziehen. Ist die Hoffnung so unberechtigt, im Memelgebiet einmal einen Stützpunkt zu gewinnen, der im Ostseeraum Deutschlands Stellung gegen Rußland bedeutend verstärken könnte?

Hitlers Friedensverträge sind ein wichtiges Glied in der deutschen Kriegsvorbereitung, die wirtschaftliche und politische Ergänzung seiner Kriegsrüstung.

Dr. Richard Kern.

Ihre innere Kolonisation

Nach »Wirtschaft und Statistikk« (1. Juliheft) ist die landwirtschaftliche Anbaufläche die Deutschland von 1933 bis 1936 um 616.000 Hektar, also 6160 Quadratkilometer zurückgegangen.

Das sind, um es bildhaft zu machen, etwa zwei Fünftel der Gesamtfläche des Landes Sachsen. Das sind — wie das Neue Tagebuch erläutert — fünf Prozent der gesamten Anbaufläche; es ist mehr, als die Republik in zehn Jahren intensivster Landwirtschaftsfürsorge hatte zubauen können. Die heutigen Anbauflächen sind geringer, als sie in den schlechtesten Inflationsjahren waren. In drei Jahren Darrépolitik hat der Ackerbau eine Provinz verloren.

Das ist ihre innere Kolonisation! Um so lauter schreien sie nach überseeischen Kolonien.

Brüchige Freundschaft

Der Kampf um die Minderheiten zwischen Warschau und Berlin

Die wachsende Spannung zwischen den Berliner und Warschauer Machthabern kommt in den letzten Wochen in der polnischen Presse immer deutlicher zum Ausdruck. Die Danziger Ereignisse haben nicht wenig dazu beigetragen. Nachdem der polnischen Minderheit in der Freien Stadt Danzig jede politische und kulturelle Tätigkeit unterbunden wird und einige Versammlungen der Polen in Danzig polizeilich unterbunden wurden, schlägt die Regierungspresse Lärm und man notiert jetzt eifrig jede Demonstration, die in Polen im Zusammenhang mit den Danziger Ereignissen als Protest gegen den Senatpräsidenten Greiser und für den Völkerbundkommissar abgehalten werden. Die Warschauer Demonstration, an der sich neben den Sozialisten auch die Klassenkampforganisationen beteiligt haben, nahm offen Stellung gegen die Außenpolitik des Obersten Beck und forderte den Bruch mit Deutschland, zugleich auch eine Erweiterung der Rechte Polens im Freistaat Danzig. Wir übergeben den nationalistischen Eifer, der bei der Warschauer Protestkundgebung gegen Danzig zum Ausdruck kam, unterstreichen aber, daß an den Protestaktionen in Ostoberschlesien gegen Danzig auch offizielle Persönlichkeiten beteiligt waren, darunter in Chorzow als Redner gegen Danzig der schlesische Sejmarschall Grzesik, der sich in Warschau einer besonderen Unterstützung erfreut.

Aber die Danziger Proteste in Polen sind nur Teilerscheinungen der wachsenden Gegensätze, die sich besonders in der Minderheitenbehandlung auswirken und neuerdings in Ostoberschlesien zum Verbot einer

Ortsgruppe des Verbandes Deutscher Katholiken in Radzionkau bei Tarnowitz führten, weil dessen Jugend angeblich einer Nazigeheimorganisation angehört haben soll, die inzwischen von den polnischen Behörden, als »Oberschlesischer Wanderbund«, aufgelöst worden ist. Wie die polnischen Sicherheitsbehörden mitteln, handelt es sich beim Oberschlesischen Wanderbund um eine Teilorganisation der geheimen Nationalsozialistischen Arbeiterbewegung, deren Mitglieder vor kurzem erst zu fast 300 Jahren Gefängnis wegen Geheimbündelei und Putschvorbereitungen gegen den polnischen Staat verurteilt worden sind. Eine weitere Geheimorganisation, die die Femegruppe der NSDAP bilden sollte, ist jetzt in Chorzow von den polnischen Behörden entdeckt und gleichfalls liquidiert worden, die sich unter dem Namen »Schwarze Hand« tarnte und von denen etwa 40 Mitglieder im Verlauf der letzten Wochen verhaftet wurden. Die Sicherheitsbehörden behaupten, daß diese Organisation, wie die frühere NSDAP, zu reichsdeutschen Stellen Beziehungen habe, weil ein Teil der Mitglieder wieder nach Deutschland entkommen konnte und so die restlose Liquidierung dieser Geheimorganisationen verhindert.

In Pommerellen hat der Reservistenverband in Gegenwart eines aktiven Obersten auf einer Generalversammlung offene größere Wachsamkeit gegenüber den deutschen Organisationen gefordert und deren Verbot als eine Notwendigkeit hervorgehoben, es genüge nicht, wenn nur hier und da eine Ortsgruppe der Hitlerorganisation verboten werde, man müsse sie alle besiti-

gen, da nur so der Bestand der polnischen Republik gesichert sei. Dies sind nur einige der Vorfälle, wie sie hier den Gegensatz zwischen Deutschland und Polen kennzeichnen, während die Stimmung der Bevölkerung auf beiden Seiten der Grenze gegen den »Freunde« und den Freundschaftspakt eingestellt ist.

Es sei bei dieser Gelegenheit auch daran erinnert, daß eine Massendemonstration polnischer Bauern in Gegenwart des Armeinspektors Rydz-Smigly, neben politischen Forderungen über die innere Gestaltung Polens, auch eine Aenderung der polnischen Außenpolitik forderte und zwar offen den Bruch mit Hitlerdeutschland, die als eine der größten Gefahren für Polen bezeichnet worden ist. Dies verdient um so mehr hervorgehoben zu werden, als diese Protestresolution nach einem Vorbeimarsch von etwa 150.000 Bauern dem Armeinspektor Rydz-Smigly persönlich überreicht worden ist.

Kommt heute den Spannungen zwischen Deutschland und Polen noch keine unmittelbare Bedeutung zu, so lassen sie doch erkennen, wie brüchig die deutsch-polnische Freundschaft ist.

Der Steuerheber. Hitlerdeutschland rühmt sich, »den stärksten Mann der Welt« zu haben, nämlich den Olympiasieger im Schwergewicht, Josef Manger, Angestellter im Finanzamt Freising. Der Reichsfinanzminister hat Manger in Würdigung seiner körperlichen Leistung zum Steuersekretär, also zum Beamten ernannt. Die Qualifikation zum Steuerheber im braunen Reich wird durch die Tätigkeit zum Heben schwerer Lasten nachgewiesen.

Die Intervention der NSDAP in Spanien

Fünf verschiedene Organisationen und 750 gut organisierte deutsche Faschisten entfalteten in ganz Spanien ihre konterrevolutionäre Tätigkeit. — Die reaktionäre Presse Spaniens unterstützte die propagandistische Tätigkeit der Nazis

Ein riesiges Organisationsnetz des deutschen Faschismus ist in Barcelona aufgedeckt worden. In drei verschiedenen Zentren entfaltet der deutsche Faschismus durch die NSDAP und in vier anderen Deckorganisationen, von denen die »Deutsche Arbeitsfront« und der »Club Germania« die bekanntesten sind, und mit einem Bestand von 750 Mitgliedern seine Tätigkeit. In drei Regionen und 27 Ortsgruppen in ganz Spanien, auf den Balearen und in Spanisch-Marokko verbreitete der deutsche Faschismus sein Propagandamaterial, das er von Deutschland aus über die Grenzen und von den deutschen Schiffen aufs spanische Land schmuggelte. Aus vielen beschlagnahmten vertraulichen Rundschreiben der NSDAP geht klar hervor, daß die deutschen Konsularbehörden in ganz Spanien ihre Vollmachten mißbrauchten und die schon seit Jahren in Spanien offiziell aufgelöste NSDAP unterstützten. Die spanische reaktionäre Presse bildete dabei das dritte Glied im Bunde. In einem Schriftwechsel zwischen der Auslandsorganisation der NSDAP, Hamburg, und der NSDAP-Ortsgruppe Malaga ist schwarz auf weiß zu lesen:

Herrn
Pressdezernent Zeberer
Auslandsorganisation der NSDAP,
Hamburg.

Sehr geehrter Parteigenosse!

Ich nehme an, daß die vom Pressewart dieser Ortsgruppe in der hiesigen Tagespresse fortlaufend veröffentlichten Arbeiten Ihnen im Ausschnitt durch die Landesleitung übermittelt werden und Sie demzufolge über unsere Propagandaarbeit am Platz genügend orientiert sind. Mit Rücksicht darauf, daß wir trotz mehrfacher Anforderung von der Landesleitung kein Propagandamaterial erhalten können, dem Pressewart jedoch neuerdings vom Landespresseamt nahegelegt wird, dasselbe direkt von Hamburg zu beziehen, gestatte ich mir mit Gegenwärtigem Sie persönlich zu bitten, veranlassen zu wollen, daß uns alle I. E. in Frage kommenden Schriften zugesandt werden, die dem Pressewart als Unterlagen für seine Aufsätze dienen könnten. (Besp. rechenungen, Statistiken, Gesetze, Vorträge usw.) Wir rechnen mit den drei bedeutendsten Zeitungen am Platze für die Veröffentlichungen unserer Arbeiten, so daß wir unsere Tätigkeit auf diesem Gebiete noch weiter ausbauen können, vorausgesetzt, daß der Pressewart die nötigen Unterlagen erhält. Die Postsendungen sind zu richten an meine Deckadresse: CONSULADO ALEMAN 33 b...

Heil Hitler!

Ortsgruppenleiter: H. D. Helms.

Man ist in Barcelona jetzt dabei, alles belastende Material zu sichten und ein spanisches »Braunbuch« gegen das gemeinsame Treiben der Nationalsozialisten, der Gestapo, der Deutschen Konsularbehörden und der spanischen reaktionären Presse herauszugeben. Heute kann schon gesagt werden, daß dies die größte Anklageschrift werden wird, die jemals gegen den deutschen Faschismus und seine Querverbindungen mit den reaktionären Kräften aller Länder geschleudert worden ist!

Die Rolle des deutschen Generalkonsulats in Barcelona

In einem Entwurf zu einem Rundschreiben der Arbeitsfront vom April 1936, mit der Überschrift »Streng vertraulich! Nach der Erledigung sofort zu vernichten!« heißt es u. a.:

»Die politische Lage zwingt uns, zum Schutze unserer Amtswalter einschneidende Maßnahmen zu ergreifen. In letzter Zeit sind eine Reihe Berichte eingegangen, nach denen größte Vorsicht am Platze ist. Es ergeben daher für die Zukunft folgende Anweisungen, die streng einzuhalten sind.

Akten. Alle bei einer Dienststelle liegenden Akten sind einer genauen Durchsicht zu unterziehen daraufhin, ob sie restlos erledigt sind. Im bejahenden Fall sind dieselben vom Dienststellen-Vorwarter persönlich durch Feuer zu vernichten. Akten und Rundschreiben, älter als der 1. 10. 35 dürften überaltet sein und sollen sofort vernichtet werden. Noch benötigte Papiere sollen in verschlossenen und versiegeltem Umschlag an neutraler Stelle hinterlegt werden. Bei unseren

guten Beziehungen zu den Konsulaten dürfte keine Schwierigkeit bestehen, dieselben dort zu hinterlegen.«
(Unterzeichnet von dem Landesgruppenwart der DAF.)

Vorstehendes Rundschreiben ist allerdings nicht in dieser Form an die Organisationsmitglieder abgesandt worden, sondern auf dem Dokument sind von der Hand des LGW's stenographische Aenderungen vorgenommen worden und ein Abzug der endgültigen Fassung beigelegt, in dem der oben wiedergegebene Abschnitt folgendermaßen lautet:

»Streng vertraulich! Die gegenwärtige Geschäftslage zwingt uns, im Interesse unserer Vertreter einschneidende Maßnahmen

Deutsches Generalkonsulat für Spanien

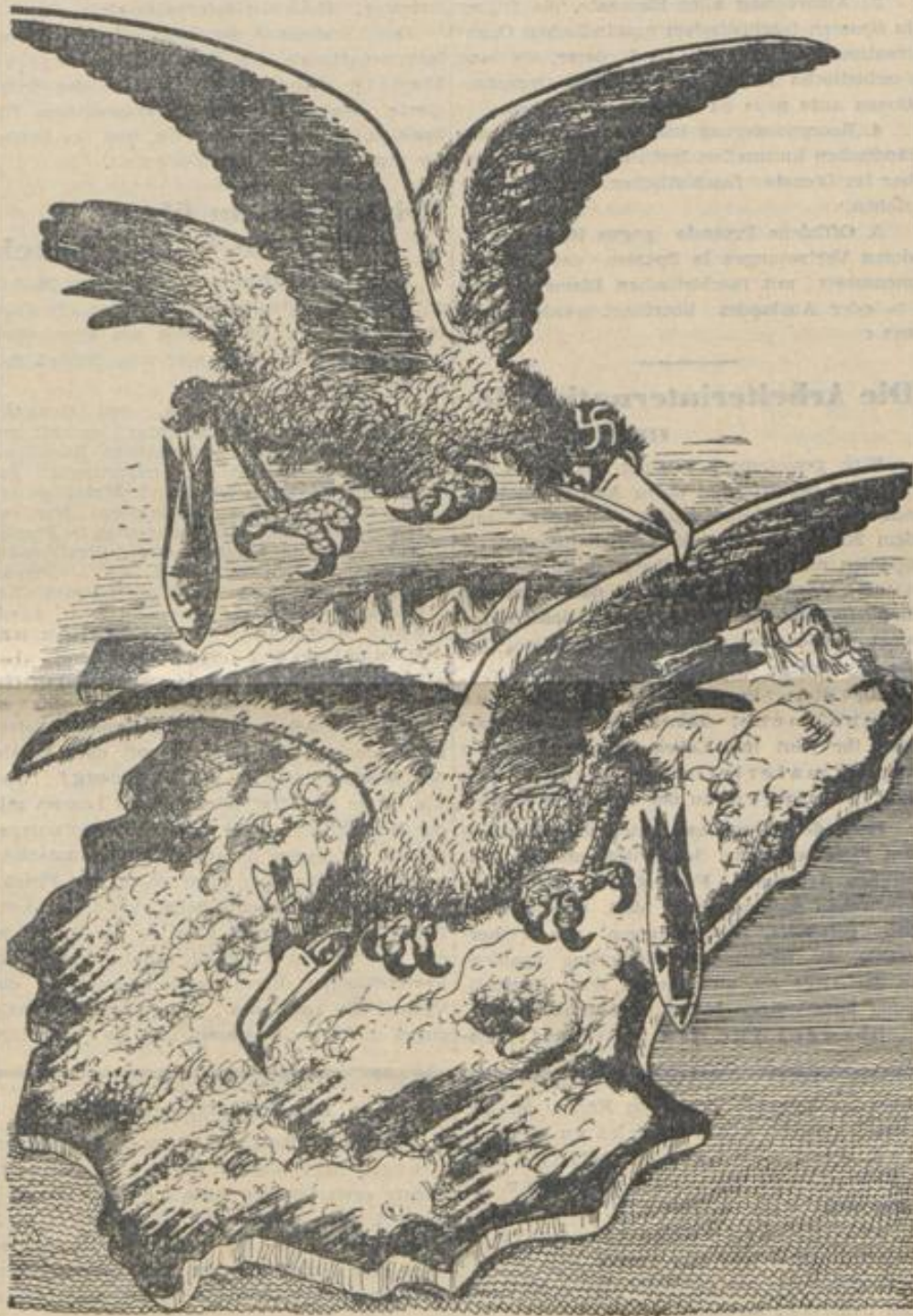
Rundschreiben Nr. 65

I. Nr. 465/35 Barcelona, den 11. Juli 1935

An der Kenntnis von Einbürgerungen Reichsangehöriger in einen fremden Staat besteht zur Zeit in Deutschland ein erhöhtes Interesse. Das Auswärtige Amt hat daher angeordnet, diesen Einbürgerungen ein besonderes Augenmerk zuzuwenden und über alle bekanntwerdenden Fälle zu berichten.

Es schließt:

Ich darf bitten, die Einbürgerungen von Deutschen in den span. Staat mit besonderer Aufmerksamkeit zu verfolgen und unter möglichst genauer Einhaltung vorstehender Richtlinien über jeden bekannt-



Aaseier über Spanien

zu ergreifen. In letzter Zeit sind eine Reihe von Geschäftsberichten eingegangen, die zu folgenden Anweisungen, die streng einzuhalten sind, Veranlassung geben:

Geschäftspapiere:

Alle bei einer Vertretung liegenden Geschäftspapiere sind einer genauen Durchsicht zu unterziehen, daraufhin, ob sie restlos erledigt sind. Im bejahenden Falle sind sie vom Vertreter persönlich durch Feuer zu vernichten, um der Konkurrenz keinen Einblick zu gewähren. Akten und Geschäfts-rundschreiben, älter als der 1. 10. 35, dürften überaltet sein und sollen vernichtet werden, da sie unnützlich Platz wegnehmen. Noch benötigte Papiere sollen in verschlossenem und versiegeltem Umschlag an besonderer Stelle hinterlegt werden, damit sie vor der Konkurrenz gesichert sind. Bei unseren guten Beziehungen zu den amtlichen deutschen Stellen dürfte keine Schwierigkeit bestehen, dieselben dort zu hinterlegen.

Bei der faschistischen Organisation der Angestellten (Deutsche Arbeitsfront), die sich vor den spanischen Behörden harmlos »Union Nacional Alemana de Empleados de Comercio« nennt, fand sich ein Rundschreiben des Generalkonsulats, das folgendermaßen beginnt:

werdenden Fall gfl. umgehend an das Generalkonsulat zu berichten, gez. Koecher.

Mit Hilfe einer faschistischen Organisation spioniert also das Deutsche Generalkonsulat interne spanische und persönliche Angelegenheiten aus, um darüber nach Deutschland zu berichten.

An anderer Stelle fordert der Deutsche Konsul sogar direkt zur Auslieferung deutscher Antifaschisten auf, wie folgendes Rundschreiben beweist:

Deutsches Generalkonsulat für Spanien

R. Nr. 11/36

II 21 Melzi Barcelona, den 16. Januar 36

Vertraulich!

Gewarnt wird vor dem angeblichen Ludwig Melzi, (Blumenstock) geb. am 18. 2. 1900 in München, von Beruf Mechaniker, Gestalt groß, Augen und Haare braun.

Bei Melzi soll es sich um einen gefährlichen agent provocateur handeln, dessen deutsche Reichsangehörigkeit zweifelhaft ist. Es wird gebeten etwaigen Heimstufungsanträgen des Melzi statt zu geben, damit er den deutschen Behörden zugeführt werden kann.

Von einem etwaigen derartigen Antrag

des Melzi ist der Konsulatsabteilung der deutschen Botschaft in Madrid zum Aktenzeichen Ko. 31 b v. 7. 1. 36 sofort Nachricht zu geben. gez. Koecher

Solche Rundschreiben werden auch dem der NSDAP untergeordneten Hafendienstamt mit der Zentrale in Madrid übergeben. Dieses Hafendienstamt ist die verkappte »Gestapo«, die Vollzugsgewalt der Auslandsorganisation der deutschen Faschisten. Der Landeshafendienstwarter für Spanien schreibt eindeutig in einem Rundschreiben 2 an alle Gruppen der NSDAP:

»Es fällt mir auf, daß ich in letzter Zeit viele Warnungen von den Konsulaten bekomme, aber von meinen Hafendienstleitern nichts höre. Gewiß wir wollen und sollen mit den Reichsvertretungen Hand in Hand arbeiten, wollen auf der anderen Seite der A. O. zeigen, daß wir den Zweck der Hafendienstarbeit richtig erfaßt haben.«

(A. O. ist die Auslandsorganisation der NSDAP in Berlin.)

Die deutschen Faschisten haben im Verein mit ihrem Konsul am 6. Juni 1936 in Barcelona den Grundstein gelegt zu einem braunen Haus, in welches nach Fertigstellung nicht weniger als 9 faschistische Körperschaften ihren Einzug halten sollten. In dem ersten Gutachten über das Bauvorhaben (mit einem Kostenvoranschlag von 570.000 Peseten) heißt es:

»Der Ortsgruppenleiter der NSDAP in Barcelona, Pg. Hellermann, veranlaßte im Mai dieses Jahres (1935), daß ernstliche Bemühungen unternommen wurden, um den Gedanken der Schaffung eines Deutschen Hauses in die Tat umzusetzen. Der hiesige Generalkonsul unterstützte diese Bestrebungen in jeder Weise.«

So wollte man in Barcelona eine Zentrale des deutschen Faschismus bauen.

Weitere Veröffentlichungen über das braune Treiben in Spanien werden in Spanien alsbald erfolgen.

Eine Antwort auf braune Proteste

Gegen den Protestrummel des braunen Systems.

Unter der Überschrift: »Ein deutscher Protest und unsere Antwort« schreibt der Informationsdienst der syndikalistischen CNT in Barcelona:

»In der deutschen Presse lesen wir, daß die deutsche Gesandtschaft in Madrid bei der spanischen Regierung Protest eingelegt hat gegen die Zerstörung der Deutschen Arbeitsfront und der Deutschen Schule in Barcelona. Die spanische Regierung habe, heißt es, ihr Bedauern ausgedrückt und versichert, daß ähnliche Akte nicht wieder vorkommen sollen.

Wir müssen hierzu zunächst feststellen, daß die deutsche Schule keineswegs zerstört worden ist. Vielmehr fand in ihr eine Haussuchung durch eine Milizgruppe zusammen mit zwei Vertretern der Madrider Fremdenpolizei statt. Man hatte zu dieser Haussuchung allen Anlaß, da viele Zeichen darauf hindeuten, daß diese Schule eines der Zentren des deutschen Faschismus ist. Der Vorstandskörper der deutschen Schule setzt sich neuerdings in seiner Mehrheit aus Mitgliedern der NSDAP zusammen, unter denen vor allem der nach Deutschland geflohene Landesgruppenleiter der Partei, Herr Hellermann, zu nennen ist. Von 19 männlichen Lehrern der Schule gehören 14 der NSDAP an, die laut »Mein Kampf«, die These in Wirklichkeit umzusetzen haben, wonach »durch kluge und dauernde Anwendung von Propaganda einem Volke selbst der Himmel als Hölle vorgemacht werden kann und umgekehrt das elende Leben als Paradies«. In der letzten Zeit wurde außerdem die Aula der Schule zur Vorführung von zwei in Spanien verbotenen Nazifilmen benutzt. Das katalonische Kultusministerium wird sich eingehend mit dieser Schule zu beschäftigen und sie zusammen mit dem Intellektuellensyndikat der CNT und der Lehrergewerkschaft der UGT streng kontrollieren müssen.

Anders steht der Fall bei der Deutschen Arbeitsfront, die gestürmt wurde. Die gefundenen wichtigen Materialien befinden sich im Besitze des Regionalkomitees Katalonden der CNT. Die antifaschistische Bewegung Spaniens hat nicht nur

das Recht, sondern die unabwiesbare Pflicht, gegen alle offenen und versteckten faschistischen Organisationen in Spanien vorzugehen, seien sie in- oder ausländischen Charakters. Wir werden in keiner Weise gegen Ausländer einschreiten, die in diesem Lande leben und sich den Normen fügen, die in ihm gelten, aber wir werden unter keinen Umständen zulassen, daß Ausländer in Spanien faschistische Propaganda treiben. Aus den beschlagnahmten Materialien ist ersichtlich, daß die Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront getarnte Nazis sind, die nichts unversucht lassen, um ein dichtes Netz nationalsozialistischer Propaganda über ganz Spanien zu breiten. In einem Berliner Schreiben zur »vertraulichen Information der Dienststellenwarter« heißt es in diesem Sinne:

»Wenn Sie sich das Verhältnis von Partei und DAF richtig klar machen, werden Sie ohne weiteres unsere Auffassung verstehen: Die DAF ist nicht die Fortsetzung irgendwelcher Gewerkschaften, sondern sie ist eine Neugründung der Partei. Für die Betreuung und Führung der DAF-Mitglieder ist also stets letzten Endes die Partei verantwortlich.«

Bezeichnend ist, daß die deutsche Gesandtschaft bei ihrem Protest nicht die Erstürmung des Parteibüros erwähnt hat. Die Gesandtschaft hat allen Grund, das nicht zu tun. Die NSDAP war in Spanien offiziell aufgelöst. Hier aber lag der Hauptort faschistischer deutscher Propaganda. Ganz offensichtlich wurden hier durch Unterstützung der deutschen Konsulate die internationalen Rechtsgrundsätze verletzt. Unter dem Decknamen Club Aleman fand man im Parteibüro der Rambla de Catalunya das gesamte Material der Landesgruppenleitung Spanien. Von Barcelona aus wurde Spanien systematisch mit Nazi-Propaganda vergiftet. Zur selben Zeit, als der deutsche Gesandte in Madrid seinen Protest einlegte, dürften sich die Schränke der Deutschen Konsulate in Spanien mit reichem Nazi-Material gefüllt haben. Der deutsche Nationalsozialismus in Spanien arbeitet genau so jesuitisch wie die militaristisch-klerikale Reaktion.

Wir werden nicht ruhen, bis Spanien frei von Faschisten sein wird, von spanischen wie von ausländischen. Deshalb haben wir uns gegen den Nationalsozialismus in Barcelona gewandt. Wir verlangen die härtesten Maßnahmen gegen den ausländischen Faschismus in Spanien. Spanien hat zu diesem Vorgehen im Rahmen der geltenden internationalen Normen ein unbestreitbares Recht. Die internationale Arbeiterschaft wird sich darin mit dem antifaschistischen Spanien solidarisieren. Es müssen in Spanien, zunächst hier in Katalonien, folgende Forderungen durchgeführt werden, für die wir uns mit aller Energie einsetzen werden:

1. Definitives Verbot aller ausländischen faschistischen Organisationen.
2. Strengste Überwachung aller Ausländer, die verdächtig sind, im Solde faschisti-

Nazi-Propaganda gegen Frankreich

Wie braune Literatur gegen Frankreich verbreitet wird

Wie Hitler-Deutschland das Schwertschmiedet und den Todfeind Frankreich isoliert («Mein Kampf», Seite 756) zeigt die nationalsozialistische Propaganda wieder an Unterweser Erz- und Metall-Handelsgesellschaft m. b. H.

Betrifft	Ihre Zeichen	Ihre Nachricht vom	Unsere Zeichen
		Wir gestatten uns, Ihnen anlegend ein Buch, betitelt »Frankreichs 33 Eroberungskriege«, zu übermitteln in der Annahme, daß Sie dafür Interesse haben.	Dir. (H.) R. Hochachtungsvoll Unterweser Erz- und Metall-Handelsgesellschaft m. b. H. 2 Unterschritten.

1 Anlage.
Das Buch »Frankreichs 33 Eroberungskriege« umfaßt 84 Seiten und ist 1935 im Internationalen Verlag Berlin W 15 erschienen. Gleichzeitig ist auch in Genf eine Ausgabe in französischer Sprache herausgekommen. Es sind dem Buche einige Bild-Karten beigegeben, z. B. »Der Festungsgürtel an Frankreichs Ostgrenze«, »Die Einkreisungspolitik Frankreichs nach 1919«, »Die Wehrlage Deutschlands nach Durchführung des

Teils V des Diktates. Der Verfasser des Buches ist ein deutscher Schriftsteller unter dem Pseudonym Historicus. Das Buch atmet Haß, abgrundtiefen Haß gegen Frankreich und die Franzosen. Nicht nur die »Auslandsorganisation der NSDAP«, der »Fichte-Bund«, der »Volksbund für das Deutschtum im Ausland«, sondern auch die Firmen der Rüstungsindustrie werden in den Dienst alldeser Machtspolitik des Dritten Reiches gestellt.

scher Regierungen oder freiwillig faschistische Arbeit in Spanien zu verrichten.

3. Ausweisung aller Elemente, die früher in Spanien faschistischen ausländischen Organisationen angehört haben, und derer, die eine faschistische Tätigkeit für solche Organisationen aufs neue zu beginnen versuchen.

4. Reorganisation und Kontrolle der ausländischen kulturellen Institute, die nachweisbar im Dienste faschistischer Bestrebungen stehen.

5. Offizielle Proteste gegen Regierungen, deren Vertretungen in Spanien der Zusammenarbeit mit faschistischen Elementen des In- oder Auslandes überführt werden können.«

Die Arbeiterinternationale und Spanien

Eine gemeinsame Sitzung des Büros der SAI und des IGB hat einen Aufruf beschlossen, der zu internationaler Solidarität mit dem Kampf der demokratischen Republik in Spanien auffordert. Es heißt darin:

»Genossen! Ihr alle fñhlt, daß, wenn die Republik und die Demokratie in Spanien besiegt würden, das ein furchtbarer Schlag für die Freiheit in der ganzen Welt wäre.

Kein Opfer ist zu groß für eine solche Sache! Demen, die dort in Spanien ihr Blut und Leben hergeben, müssen wir alle materielle und moralische Hilfe bringen, zu der wir fähig sind!

Bekundet überall und unter allen Umständen eure wirksame Solidarität mit den spanischen Arbeitern! Fordert von allen demokratischen Regierungen, daß, entsprechend den geltenden Bestimmungen des Völkerrechts, die rechtmäßige Regierung Spaniens in der Lage sei, sich die zu ihrer Verteidigung notwendigen Mittel zu beschaffen!

Spendet für den internationalen

Solidaritätsfonds! Hoch die spanische Republik! Hoch das Spanien der Arbeiter! Hoch die Internationale!»

Der Vorsitzende der Sozialistischen Arbeiterinternationale, de Brouckère, ist in Madrid eingetroffen, mit ihm der Delegierte des englischen Hilfsausschusses für Spanien, Walter Citrine, und der Direktor des Avanti, Pietro Nenni.

Privatissimum über die Menschlichkeit

In der »Frankfurter Zeitung« vom 26. Juli wird über die Strafkolonie Guayana (Teufelsinsel) berichtet. Da es sich um Frankreich handelt, darf der Verfasser zum Schluß folgendes schreiben:

»Es läßt sich sagen, daß Guayana für Frankreich ein schlechtes Geschäft gewesen ist; es hat beträchtliche Zuschüsse erfordert (während man ursprünglich gehofft hatte, das Gebiet durch Sträflinge erfolgreich kolonisieren zu können). Nur davon, daß die Zahl der Verbrechen in Frankreich durch die Existenz dieser Strafkolonie heilsam beeinflusst worden sei, — davon hat man noch nie etwas vernommen. Erklärlicherweise: denn es hat sich noch nie gelohnt, Menschen unmenschlich zu behandeln.«

Anscheinend hat der Harmlose keine Ahnung, was er hier gesagt hat, wenn man von der Teufelsinsel an das näherliegende Dritte Reich denkt. Wie steht es mit dem Erfolg der Moorkolonisation um Papenburg? Und wie ist es im Strafvollzug dieses Landes mit der Menschlichkeit, die man ja Überlieferungsgemäß in diesem Zusammenhang Humanität nennt? Der humane Strafvollzug für Frankreich — natürlich eine Selbstverständlichkeit, für das Dritte Reich aber — da lachen ja die Hühner! In Frankreich haben nach den Feststellungen dieses Vertrauensmannes die Verbrechen trotz des inhumanen Strafvollzuges nicht nachgelassen, und zwar »erklar-

licherweise. Wie steht es damit in Deutschland? Leider ist die Klärung hier etwas schwieriger, weil ja die Fälschung aller Statistik auch die Justizstatistik angesteckt hat. Aber in Wahrheit hat er hier ebenso recht, wie mit seiner Schlussfeststellung:

»Es hat sich noch nie gelohnt, Menschen unmenschlich zu behandeln.«

Goldene Worte, die wie ein Alpdruck den Schlaf mancher Gehilfen der braunen Barbarei stören werden, bis die Fanfare der Freiheit und der Menschlichkeit diesen bösen Schlaf des Volkes beendet.

Kommt in Deutschland nicht vor

In seinem Buch »Narrenspiegel der Statistik«, erschienen im September 1935, schreibt Ernst Wagemann:

»Wir haben gesehen, daß überall da, wo die statistischen Schwierigkeiten an sich schon besonders groß sind, auch der Mißbrauch leichtes Spiel hat. Nur ein Beispiel für viele dafür, wie mit Hilfe einer falschen sachlichen Gliederung die Wirklichkeit entstellt werden kann: Um seine Rüstungsausgaben möglichst klein erscheinen zu lassen — wie dies von jeher Frankreichs Bestreben gewesen ist —, hat es sie, soweit irgend angängig, unter andere Haushaltsposten aufgeteilt. So waren im Jahre 1930—1931 nur 8,7 Milliarden Fr. der französischen Rüstungsausgaben in üblichen Heeres- und Marinehaushalt dagegen 9,02 Milliarden Fr. in anderen Etattiteln untergebracht, u. a. in den Posten »Körperliche Jugendausbildung«, »Öffentliche Arbeiten«, »Kreditfonds.«

Alte Fabel

Zwei Wölfe befielen die Herde bei Nacht und fetzten ein Kälbchen entzwei und kehrten zurück, eh das Taglicht erwacht, und bissen der Jungtiere zwei.

Drauf hielten die Rinder ein großes Gericht. Der älteste Leitochse schrie: »Den Wölfen zu wehren ist heiligste Pflicht, geeint sind wir stärker als sie.«

Da meldete sich ein Gescheckter zum Wort: »Weh, wer sich zu richten erfrecht! Den Wölfen ziemt Unrecht und blutiger Mord, doch wir sind ein friedlich Geschlecht.«

Ein Dritter sprach: »Prüfet den Fall erst genau, wählt Ausschüsse, interveniert, schickt Fragebögen zum wölfischen Bau, berätet, vertagt, ventilert!«

Und also geschah es. Der Streit währte lang, man verschrieb eine Menge Papier. Die Wölfe vermehrten sich, jeder verschlang allnächtlich ein weiteres Tier.

Als endlich der Urteilspruch fertiggestellt: »Die Wölfe alleine sind schuldig, war nur mehr ein einziger Ochs auf der Welt. Der starb an der eignen Geduld.«

Stimme aus der Potsdamer Gruft

Der alte Fritz mockert über das Dritte Reich.

Am 17. August 1786 — vor hundertfünfzig Jahren — starb Friedrich II. von Preußen, den die Hohenzollernlegende den Großen nennt. Die Herren Hitler, Göring und Göbbels berufen sich mit Vorliebe auf ihn, und ihre Soldschreiber veranstalten eine literarische Jubelfeier.

Dieser Friedrich hat in seiner Jugend zwar kein Werk, betitelt: »Mein Kampf« hinterlassen, wohl aber eine Streitschrift, genannt »Antimachiavelli«.

Die bürgerlich-patriotische Geschichtschreibung des wilhelminischen Deutschland hat diesen »Antimachiavelli« immer mit einem heiteren und einem nassen Auge abgetan; er paßte eigentlich in das von ihr entworfen Bild des alten Fritz ebenso wenig, wie seine ketzerisch-antiklerikalen Sottisen. Hielt man nämlich die Regierungspraxis des Potsdamer Despoten mit der moralpolitischen Himmelstürmeri seines »Antimachiavelli« zusammen, dann war der patriotische Katzenjammer unausbleiblich.

Lassen wir nun den »alten Fritz« aus dem Grabe über das moderne Borghia-System des Dritten Reiches meckern!

Allgemeine Staatsraison der Tyrannen.

»Ich leugne nicht, daß die Strenge in gewissen Augenblicken sehr nützlich sein kann.

Aber ich behaupte doch: ein König, der nur darauf ausgeht, sich Furcht zu erwecken, wird nur über Feiglinge und über elende Sklaven regieren. Er wird sich von seinen Untertanen keine großen Taten versprechen können: Alles, was aus Furcht und Blödigkeit geschieht, hat jedesmal dieses Merkmal des Ursprungs an sich.«

Zu dieser auswärtigen Politik!

»Ein gewisser Hof legte unlängst die Gründe seines Verfahrens der Welt in einem Manifeste dar und handelte darauf dem Manifest völlig entgegen. Dergleichen Dinge fallen allzu sehr in die Augen, als daß sie nicht das gute Vertrauen ganz und gar benehmen sollten... Ich bekenne übrigens, daß es gewisse ärgerliche Notwendigkeiten gebe, daß ein Fürst nicht umhin kann, Verträge und Bündnisse zu brechen. Allein er muß sich auf eine rechtschaffene Art davon losmachen und seine Bundesgenossen zu rechter Zeit davon benachrichtigen, niemals aber zu dergleichen äußersten Fällen schreiten, wenn ihn nicht das Heil seines Volkes und eine sehr große Notwendigkeit dazu zwingt.«

Er und seine Vorgänger.

»Hieraus ziehe ich den Schluß, ein Volk wage mit einem kühnen Fürsten vieles, denn es ist beständig in Gefahr. Und ein vorsichtiger Herr, wenn er zu großen Taten nicht geeignet ist, scheint mehr zur Regierung geboren zu sein. Der eine wagt, aber der andere erhält!«

Der Reichstagsbrand.

»Was kann man von einem Menschen, der gleich mit Verbrechen anfängt, anders erwarten, als seine gewalttätige und tyrannische Regierung? Würde ein Mann, der gleich am Hochzeits- tage eine Untreue seiner Frau erfahre, von ihrer Tugend für die Folgezeit viel hoffen können?«

Der 30. Juni.

»Mit Klugheit ein Barbar sein und Tyrannen konsequent ausüben, heißt nach diesem Staatsmann, alle Gewalttätigkeiten und alle Laster, die man zu seinem Vorteil als nützlich erachtet, auf einmal ausüben. Lasset diejenigen, die euch verdächtig sind, und die, die sich für eure Feinde erklären, ermorden; aber verzicht nicht lange mit eurer Rache! Machiavelli billigt Taten wie die Sizilianische Vesper und die verabscheuungswürdige Pariser Bluthochzeit, wo Grausamkeiten begangen wurden, vor denen die Menschheit schaudert. Die Abscheulichkeit dieser Verbrechen zählt bei diesem Ungeheuer für nichts, sofern man sie auf eine Art ausübt, welche den Völkern imponiert und in dem Augenblick, wo sie noch ganz frisch sind, Schrecken einflößt. Er gibt als Grund an, daß die Erinnerung daran unter dem Volk leichter entschwindet, als an solche Grausamkeiten der Fürsten, die fortgesetzt aufeinander folgten: Als ob es nicht ebenso schlimm wäre, tausenden Menschen an einem Tag hinzurichten, als sie nach und nach ermorden zu lassen!«

»...bin ich des Volkes oberster Gerichtsherr!«

»Ich werde dieses Kapitel schließen, nachdem ich eine Redensart Machiavellis angekreidet habe, die mir sehr sonderbar vorgekommen ist: Die Venezianer, sagt er, setzten ein Mißtrauen in den Herzog von Carnagnola, der ihre Truppen kommandierte, und sahen sich daher genötigt, ihn aus der Welt zu schaffen. Ich verstehe nicht, was das anderes heißt, sich genötigt sehen, jemand aus der Welt zu schaffen, als verraten, vergiften, meuchelmörderisch umbringen zu lassen. So glaubt der Lehrer des Verbrechens, die schändlichsten und strafbarsten Handlungen unschuldig zu machen, wenn er die Worte mildert.«

Hier irrte auch der alte Fritz...

»Man kennt in Europa Völker, welche das Joch ihrer Tyrannen abgeworfen haben, um die Freiheit zu genießen. Aber man kennt keines, das frei gewesen wäre und sich einer freiwilligen Sklaverei unterworfen hätte.«

Göring in Polen.

»Die Jagd ist eine von den sinnlichen Vergnügungen, die den Leib sehr bewegen, dem Geist aber nichts sagen. Sie ist ein brennendes Verlangen, ein Tier zu verfolgen, und ein grausames Vergnügen, es zu töten. Sie ist ein Zeitvertreiber, der den Leib stark und gesund macht und den Geist brach und ohne Kultur läßt... Man merkte aber auch diesen guten jagenden Patriarchen die barbarischen Zeiten, in denen sie lebten, gar wohl an. Sie

Göbbels Synthese

Bayreuth und Olympia

Für einen Inhaber diktatorischer Gewalt ist die Lösung jedes Problems ein Kinderpiel. Da niemand widersprechen darf, steht die Richtigkeit seiner Lösung ohne weiteres fest. Joseph Göbbels hat die Synthese von Sport und Kunst proklamiert (bei der Eröffnung der olympischen Kunstausstellung), und nun wissen wir, daß durch die Beschäftigung mit sportlichen Problemen — mit dem Bau von Stadien, mit der plastischen Darstellung von Athleten usw. die Kunst ihrer Vollendung zustrebt. — In der Kaiserzeit glaubte der oberste Schwadroner mit der Anlage von Siegesalleen der Kunst neue Wege zu eröffnen.

Niemand gesteht freiwillig seine Kunstfeindlichkeit. Es waltet da selbst über dem ungebildeten Rohling eine eigenartige Scheu von innerer Bloßstellung. Doch mit tödlicher Sicherheit entlarvt sich der Kunstbanause just in dem Moment, wo er seine geheuchelte Kunstbegeisterung zur Schau trägt.

Man hat in Hitler-Deutschland heuer neben den olympischen auch andere auf ein internationales Publikum berechnete Spiele, die Bayreuther Wagnerfestspiele abgehalten. Das Größenverhältnis zwischen beiden Veranstaltungen veranschaulicht das Verhältnis von Körper und Geistespflege im Dritten Reiche überhaupt.

Man verstehe uns nicht falsch. Auf Bayreuth lasten sechzig Jahre. Man kann die Zweckmäßigkeit heute noch Bayreuther Festspiele zu veranstalten, mit Fug bestreiten: Wagner gehört nicht zu den zeitlos Großen, deren Gestalt mit dem Abstand von ihrer Epoche wächst und wächst. Wir erkennen heute schärfer als die Generation vor uns das Zeitbedingte seines Werkes, die in Sensualismus und Prachtentfaltung sich gefallende Bürgerlichkeit, den Schuß Makart im ganzen Bühnen- und Feuerzauber.

Aber für die heute Herrschenden ist doch gerade, was uns bisweilen bei Wagner lächeln oder gar grinsen läßt, das weitstehende Pathos wabbliger Heldenentore in Bärenfell und Konservenblech, — gerade das der Grund ihrer Anerkennung des Meisters. Hätte Wagner seine Liebe zu Frau Wesendonk nicht als »Tristan und Isolde« maskiert, hätte er nicht eine durchaus modern gemeinte Problematik germanischen Götterfiguren in den Mund gelegt, — man würde sich im Dritten Reich Wagners wegen nicht bemühen. Doch die Bayreuther Regie hat an Wagner sogar politische Aktualitäten bemerkt, sie hat die Lohengrin-Aufführung um eine ältere, sonst nicht mehr gebene Fassung bereichert. Lohengrin durfte von der Rampe aus den in der Loge lauschenden »Führer« ansingen:

Du, großer König, laß mich dir weissagen:
Dir Reinem ist ein großer Sieg verliehn!
Nach Deutschland sollen auch in fernsten
Tagen

des Ostens Horden siegreich nimmer ziehn!

Eine Weissagung, über deren aktuelle Ausdeutung man sich nicht den Kopf zu zerbrechen braucht. — Doch von solchen Einzelheiten abgesehen, — was hatte schon die ganze Wagnererei zu bedeuten neben der ungeheuerlichen Propagandaentfaltung, gegen das Massenaufgebot von Geld, Menschen und Prunk für die olympischen Spiele! Vor sechzig Jahren hätten die Besucher Bayreuths es als ein Sakrileg empfunden, neben der »heiligen« deutschen Kunst eine Sportveranstaltung im gleichen Atem zu nennen. Heute muß die Kunst froh sein, wenn der Sport ihr ein bescheidenes Eckchen neben sich gönnt.

Von einer Synthese zwischen Kunst und Sport kann im Dritten Reich so wenig die Rede sein wie von einer solchen zwischen Geist und Militarismus. Eine Atmosphäre des bloßen Befehls und Gehorchens wirkt auf die Kunst wie Giftgas-Schwaden. Sie vermag sich nur zu entwickeln, soweit sie sich dieser Atmosphäre zu entziehen vermag. Durchaus bekämpfen wir nicht, daß alle echten Künstler Revolutionäre im politischen Sinne sein müßten. Aber es ist ein Charakteristikum reaktionärer Systeme, selbst konservative Naturen unter den Künstlern mit kleinstem Mißtrauen zu verfolgen, weil das Geistige als solches den Macht-habern unüberwindbares Mißtrauen einflößt. Der religiös-orthodoxe, slavophile, russischpatriotische Dostojewski z. B. wurde unter dem Zarismus zum Tode verurteilt, mit knapper Not zu Zwangsarbeit in Sibirien begnadigt, und noch in den sechziger Jahren wurde die von ihm geleitete Zeitschrift unterdrückt — wegen eines Artikels, der in der Tendenz die Unterdrückung Polens durch den Zarismus verteidigte, aber ihre innere Rechtfertigung durch geistige Leistung forderte. Schon das war dem herrschenden Stumpfsein zu viel. — Ganz ähnliches läßt sich aus der deutschen Metterlich-Zeit anführen. Grillparzer hat in seinen Dramen das Haus Habsburg verherrlicht; aber sein Kaiser verübte ihm, statt Idealgestalten menschliche Figuren gezeichnet zu haben. Noch schlimmer erging es bekanntlich Kleist mit seinem Hohenzollern-Drama »Der Prinz von Homburg«; — es wurde von den königstreuen Offizieren der verherrlichten Dynastie ausgepöfft und mußte vom Spielplan abgesetzt werden, — weil der Held im Angesicht des Todes einen Augenblick der Schwäche durchmacht. Hundertzwanzig Jahre danach wurde der wertvollste Kriegsfilm niedergehetzt — weil er die unbekanntesten Soldaten des Weltkrieges in sympathischer Menschlichkeit zeigte. Oberanführer des Skandals war der gleiche Propaganda-Minister, der jetzt die Synthese zwischen Sport und Kunst verkündet.

Wir erleben nichts weniger als eine Synthese oder auch nur Symbiose von Kunst und

Sport im Dritten Reich; sondern eine ungeheuerliche Hypertrophie des Körperlichen zuungunsten des Geistigen. Für die Olympiade wird kein Kräfte-Einsatz gescheut. Berlin besaß aus der »Systemzeit« her ein Stadium doppelt so groß, als das von Amsterdam, in den 1928 die Spiele stattgefunden hatten. Es wurde geschleift zugunsten einer noch viel größeren Mammutanlage. Ein Olympisches Dorf wurde um diese herum gebaut, eine Riesen-Zugangstraße, eine Via Triumphalis geschaffen, — alles für eine einmalige Veranstaltung von wenigen Wochen! Man hat ganze Stadtteile überlackiert, alle Dörfer der Umgebung Berlins mit Potemkinschen Fassaden versehen, man hat sogar die Ferien der Schulkinder abgebrochen, um die Unmündigen straff für die Veranstaltung mobilisieren zu können. — Alles für einen internationalen Wettbewerb in Leibesübungen. — Man denkt daran, wie einst Wagner jahrelang in Deutschland umherreiste, um das Geld für sein Festspielhaus zusammen zu fechten.

Spiegelt der jetzige Zustand irgend einen Fortschritt? — Sport ist etwas Gutes und Nützliches, aber eines ist ihm seinem Wesen nach fremd: die Vertiefung des Menschen in sich und seine Zeit, aus der allein das Künstlerische geboren wird. Ein vernünftig ausgeübter Sport widerstreitet solcher Vertiefung nicht, er kann sie durch die Ausschaltung körperlicher Anfälligkeit fördern. Aber die einseitige und ausschließlich Hingabe eines Menschen an die Aufstellung neuer Rekorde, an die Verbesserung einer Laufzeit um ein Zehntel Sekunde, — sie steht der Verwirklichung geistiger Ziele diametral entgegen.

Menschen, die wirklich in ihrer Freizeit, neben ihrem Beruf einen Sport ausüben, sind in den heutigen Wettkämpfen gegen andere, die ihr gesamtes Dasein in den Dienst einer bestimmten körperlichen Höchstleistung gestellt haben, einfach nicht konkurrenzfähig. Der überhitze nationale Ehrgeiz aber fragt nicht mehr nach den Mitteln, mit denen der Sieg für die eigene Nation errungen wird — Hauptsache, er wird errungen, — und deswegen entsenden die Länder mehr oder weniger verkappte Berufsathleten, die alle, wenn sie zum Start antreten, seit Monaten sich ausschließlich dem Training gewidmet haben. Die Amateurvorschriften sind für junge Leute, die über genügend Geld verfügen, um sich ohne sonstigen Beruf dem Sport widmen zu können, ohnehin belanglos. Aermere aussichtsreiche Wettbewerber werden bei Arbeitgeber, staatlichen Behörden usw. untergebracht, die mit unbegrenztem Urlaub nicht knausern. Wir möchten sehen, welcher deutsche Unternehmer heute wagen dürfte, einem Olympiawettbewerber, der in seinen Diensten steht, einen verlangten Trainings-

urlaub von Monaten abzuschlagen oder das Gehalt für die Zeit nicht voll fortzubehalten! (Wer erhielt aber Urlaub, um ein Drama, einen Roman zu vollenden?) — Die »Synthese« von Kunst und Sport besteht darin, daß für die Züchtung von Rekord-Sprintern, -Schwimmern, -Springern u. dgl. unbegrenzte Mittel aufgewendet werden, daß für die nicht mit der Stoppuhr meßbaren künstlerischen Leistungen dagegen ein Gefühl der Gleichgültigkeit besteht, ganz ähnlich wie in der Zeit des siegesberauschten Kaiserreiches nach 1870, über die einer der edelsten Kunstförderer der Epoche anmerkte: Die Menschen, die das Unglück hätten, mit künstlerischen Gaben ausgestattet in dieser Zeit leben zu müssen, litten unter allen Demütigungen, die Rohheit und Unverstand nur ersinnen können. — Das ist auch heute die »Synthese«.

Dr. X.

Burgfrieden

Bei der Berliner Kunstolympiade wird nur zugelassen, was Despoten und Diktatoren nicht angreift und verletzt. Drum wurde in Amsterdam eine Kunst-Gegenolympiade improvisiert, die vor allem auch die braune Barbarei an den Pranger stellt. Wütend heult die Nazipresse:

»Der Schwerpunkt bildet die Abteilung der Ausstellung, die sich aus wüstem Material gegen das Dritte Reich zusammensetzt. Einige dieser Machwerke waren so beleidigend, daß sie bereits auf Befehl der holländischen Behörden entfernt werden mußten. Daß überhaupt eine solche Ausstellung möglich ist, entspricht nicht ganz dem olympischen Burgfrieden. In holländischen Kreisen werden denn auch schon scharfe Verurteilungen laut.«

Der olympische Burgfrieden des Dritten Reiches besteht darin, gegen Judentum und Demokratie weiter zu hetzen, trotzdem Anhänger aller Weltanschauungen bei der Olympiade aktiv sind, von den internationalen Schichtenbummlern ganz abgesehen. Sich maßlos und ununterbrochen über andere entrüsten zu können — das ist die Spezialität dieses Systems.

Takt — befohlen

Faschistischer Nationalismus ist laut, lärmend und taktlos. Das weiß das Inland, das weiß das Ausland. Er muß es sogar sein. Bei besonderen Gelegenheiten hat man aber im Dritten Reich den Ehrgeiz, geschmackvoll zu scheinen, geschmackvoller als man ist.

»Der Führer bittet, am Schluß der Vorstellungen von dem Gesang des Deutschland- oder Horst-Wessel-Liedes und ähnlichen Kundgebungen absehen zu wollen. Es gibt keine herrlichere Aeußerung des deutschen Geistes als die unsterblichen Werke des Meisters selbst.«

Kärtchen solchen Inhalts wurden Sonntag den 19. Juli allen Gästen des ersten Zyklus der Bayreuther Festspiele ausgehändigt.

Militarisierte Gemeindepolizei. Nach einem Erlaß Himmlers sind künftighin in der Gemeindepolizei im ganzen Reich 90 Prozent der Stellen den Versorgungsanwärtern des Heeres vorbehalten, die restlichen 10 Prozent »alten Kämpfern« der NSDAP.

waren sehr ungehobelt und unwissend. Es waren müßige Leute, die sich nicht zu beschäftigen wußten und die, um die Zeit hinzubringen, ihre Langeweile auf der Jagd vertrieben. Sie verloren in den Wäldern mit Verfolgung wilder Tiere die Stunden, die sie in Gesellschaft vernünftiger Menschen hinzubringen weder die Fähigkeit noch Verstand hatten. Ich frage nun, ob das Vorbilder sind, denen man folgen soll?«

Das Ende.

»Aber selbst, wenn ein Tyrann das Verbrechen mit Sicherheit ausüben könnte, wenn er auch kein trauriges Ende zu befürchten hätte, so würde er doch ebenso unglücklich sein, sich als einen Schandfleck des menschlichen Geschlechtes zu sehen. Er wird das innerliche Zeugnis seines Gewissens, das gegen ihn redet, nicht ersticken können. Er wird die traurige Schwermut, die seine Einbildungskraft beunruhigt, nicht vermeiden können. Sie wird sein Henker auf Erden sein. Man lese nur das Leben eines Dionysos, eines Tiberius, eines Nero, eines Ludwigs XI., eines Iwan Basillewitsch, so wird man finden, daß diese ebenso unvernünftigen wie wütenden Ungeheuer das allerunglücklichste Ende genommen haben. Ein grausamer Mensch hat ein menschenfeindliches und galliges Temperament: wenn er von seiner Kindheit an diese unglückliche Anlage nicht bekämpft, so muß er unvermeidlich ebenso rasend als unsinnig

werden. Selbst also wenn auch kein Gott im Himmel wäre und keine Gerechtigkeit auf Erden, so sollten die Menschen um so viel mehr tugendhaft sein, weil die Tugend allein sie vereinigen kann und ihnen zu ihrer Erhaltung unumgänglich notwendig ist, das Unrecht hingegen sie nur unglücklich machen und ihren Untergang befördern kann.«

Hinterlassenschaft und Perspektive.

»Wenn man nach dem Beispiel Machiavellis sich einfallen ließe, die Gerechtigkeit und Menschlichkeit über den Haufen zu werfen, würde man die ganze Welt umstürzen. Die Flut der Laster würde diesen Kontinent in kurzer Zeit zu einer weiten Einöde machen.«

Herrliche Welt

Mit der Jazzmusik wurde drüber auch der Steptanz verboten. Die Nazipresse wies nach, daß diese eckigen, zuckenden Bewegungen nur von minderwertigen Rassen erfunden sein konnten. Ebenso wie die Jazzerel mit ihrer zerissenen Melodik. Auf Deutschlands Tanzböden drehte man sich wieder nach Großväterart, langweilig für In- und Ausländer. Dafür wurde der Sender auf London oder Paris eingestellt und im Verborgenen nach undeutschem Jazz gestept.

Jetzt hat man endlich, Wotan sei Dank, die arische Großmutter der Steperelei entdeckt. Ein englischer Fachmann wies nach, daß die Foxrottweise im vorigen Jahrhundert von englischen Webern erfunden wurde, indem die Weber mit ihren Holzschuben einfach den Takt der Webstühle nachahmten.

Also ist der Jazz geradezu Blubo NN, Norden-Norden, und die Farbigen haben germanisches Brauchtum schändlich vernichtet und wieder mal war es Essig mit dem Erberinnern der Naziblätter. Jetzt darf wieder gestept werden. Diele, Kino, Kabarett und Theater atmen auf.

Aber: gehört zum Fox nicht auch Jazz? Und siehe, auch hier hat Wotan geholfen, man kann auch deutschen Jazz verfertigen, jawohl, es muß nicht niggerisch sein, ein entsprechender Ausschuss bearbeitet die Frage bereits und der »Westen« berichtet darüber:

»Vom »deutschen« Jazz erwarten wir also eine gefällige melodische Linie ohne ein Uebergewicht des rhythmischen Elementes, und eine saubere, gediegene musikalische Ausführung. Und wenn es dem Tanzmusikausschuss gelingt, in dieser Hinsicht erzieherisch auf die Schlagwerk Komponisten einzuwirken, dann ist seine Arbeit nicht umsonst gewesen!«

Nein, sie wird nicht umsonst gewesen sein, die deutschen Vergnügensstätten werden profitieren, sobald sie jazzen dürfen, denn die wirkliche Erneuerung wird ja nach Göbbels doch erst in hundert Jahren kommen — und so wäre denn mit dem Step auch die undeutsche Jazzerel durch die Hintertür wieder gerettet.

Das war auch höchste Zeit, die Olympiade nahte und den Gästen mußte für ihre Devisen etwas Asphaltkunst geboten werden. Ha, das »verjudete Kabarett der Systemzeit! Es hat den Naziblättern lesen. Jetzt ersieht man in den Naziblättern lesen. Jetzt ersieht man in Berliner Blättern, daß die »Scala« eine Revue zeigt, in der eine »Unzahl von bildhübschen

schlanken Mädchen die Bühne in jedem Augenblick bevölkern... So gibts einen amüsanten Rahmen für ein großartiges Olympia-Festprogramm mit dem Berlin vor den Gästen der ganzen Welt würdig besteht...«

Wie würdig das Ganze verläuft, schildert der Bericht so, daß jedem Wüstling der Mund wässert. »Herrliche Welt« lautet der Titel nicht umsonst, »das muß man gesehen haben«, jubelt der Reporter, und wenn — —

— — und wenn Trude Hesterberg, die Unverwüsthliche, erklärt hat, daß die beste Leichtathletik die — Liebe sei... sind die Herren der Schöpfung für eine sechste Stunde nicht mehr zu sprechen; die Merryfield tanzt, Amerikas schönste »Revue« — angeblich. Sie ist mehr denn sparsam bekleidet, mit zwei großen Fächern eigentlich nur, die sie munter durch die Luft schwingt, ohne sich dabei eine Bißse zu geben... Aber wenn es doch »soweit« zu sein scheint, wechselt das Licht und überströmt die schöne Eva (vor dem Sündenfall) dunkelviolet... »Na, endlich —«, trösten sich die Damen, während die Männer nicht abgeneigt wären, einmal den Beleuchter zu bestechen... Der einzige Trost für die olympischen Gäste ist da, daß man ja zum Olympia ein sehr scharfes Glas mitgebracht hat...«

Na also, da war ja alles wieder beieinander: Jazz, Niggertanz, Tüllergirls, Zoten, Nackttänzerinnen ohne Feigenblatt, und dazu der richtige »schlipfrige Asphaltbericht«. Macht Geld, Kinder, macht Geld, Devisen laufen im Lande umher und auch das deutsche Volk will wieder unterhalten sein wie früher... Herrliche Welt. Nur: die frühere war weniger verlogen und verheuchelt.

Br. Brandy.

Facharbeitermangel und Gewerkschaften!

Eine schamlose Verdrehung der Systempresse

Gewisse Stellen in Deutschland behaupten, daß sich seit einiger Zeit ein Facharbeitermangel bemerkbar mache. So allgemein wie diese Klage erhoben wird, trifft sie keinesfalls zu. Denn es gibt noch immer 1.400.000 Arbeitslose, die selbst die Lügenstatistik der Nazi nicht wegschwindeln kann.

Es ist bestenfalls so, daß sich in einigen Spezialbranchen, die infolge der in einem phantastischen Tempo betriebenen Aufrüstung eine starke Ausweitung erfahren haben und bis zur Erledigung der Rüstungsaufträge mit äußerster Anspannung arbeiten, nicht immer die erforderliche Anzahl von Spezialarbeiten an der Hand haben.

Aber dieser zeitweilige Mangel wird sofort wieder in einem Ueberschuß umschlagen, wenn die Rüstungskonjunktur sich nicht mehr in diesen Ausmaßen und nicht mehr in dem jetzigen Tempo fortsetzen läßt. Aber es genügt, daß sich in einem beschränkten Umfang ein solcher Mangel bemerkbar macht, um sofort wieder in den Marxisten und Gewerkschaften den Sündenbock zu finden. Das gelingt der »Frankfurter Zeitung«, die in einem Artikel in ihrer Ausgabe vom 2. August »Nicht wegengagieren?« schreibt:

»Unzweifelhaft hängt die Knappheit aber auch mit den Nivellierungstendenzen der Nachkriegszeit und nicht zuletzt mit der Politik der Gewerkschaften zusammen, unter deren Einwirkung sich die Lohndifferenz zwischen gelerntem und ungelertem Arbeiter nach dem Krieg weit unter das frühere Maß verkleinert hat, so daß es Jahre hindurch an dem materiellen Anreiz gefehlt hat, dem Nachwuchs eine sorgfältige Ausbildung, die Geld gekostet, zuteil werden zu lassen...«

Also weil die Gewerkschaften die schlechten Löhne der ungelerten Arbeiter auf einen höheren Stand gebracht haben — darum sind sie an den vorübergehenden Facharbeitermangel von heute schuldig! Die Gewerkschaften waren nie dagegen, daß die Unternehmer die Löhne der gelernten Arbeiter so erhöhen, daß die alte Lohndifferenz wieder hergestellt worden wäre. Sie waren nur dagegen, daß die Löhne der übrigen Arbeiter auf ein völlig ungenügendes Niveau festgehalten wurden mit der Begründung, daß sie sonst den Facharbeiterlöhnen zu nahe kämen.

Die Gesinnung, die aus dem Zitat der »Frankfurter Zeitung« spricht, macht ganz eindeutig, daß dieses Blatt unter der Nazi-diktatur hundertprozentig die kapitalistischen Interessen wahrnimmt. Daraus erklärt sich auch, daß ihr von den Zensoren gern eine gelegentliche Meckerei, die sich gegen untergeordnete Stellen richtet, nachgesehen wird.

Hätte der Verfasser E. W., der einmal auch anders schreiben konnte, der Wahrheit die Ehre geben wollen, so hätte er weiter feststellen müssen, daß die Gewerkschaften auf die Heranbildung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses entscheidenden Wert gelegt haben. In der gewerkschaftlichen Fachpresse ist darin unendlich viel besseres geleistet worden als in den Arbeitsfrontblättern. Außerdem haben aber auch viele Verbände Bildungskurse für Facharbeiter regelmäßig veranstaltet.

Soweit also in gewissem Sinne ein Mangel an Facharbeitern in einzelnen Rüstungsbranchen festzustellen ist, ist er auf das Fiebertempo der Aufrüstung und auf die Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen, die, um die Arbeitslosenziffer zu drücken, in den letzten drei Jahren zehntausende von gelernten Arbeitern gezwungen hat, aus der Stadt wieder auf das Land zurückzukehren.

Teure Olympia-Eier

Unter der irreführenden Bezeichnung »Anpassung der Eierpreise an die Saisonbewegung« wird von Darré eine Aktion durchgeführt, die nichts anderes ist als eine glatte Erhöhung der Eierpreise. Der Eiermangel ist den Amtsstellen den ausländischen Besuchern der Olympiade gegenüber besonders peinlich. Die kurz vor Beginn der Olympiade anbefohlene Erhöhung der Eierpreise hat den Zweck, den Abflerungstreff der Bauern und die Umgehung von Darrés zwangswirtschaftlicher Regulierung des Eiermarktes einzudämmen und damit die Eierknappheit zu mildern. Sie ist nicht etwa die Folge eines Legestreiks der Hennen, sondern der Einschränkung der Einfuhr von Futtermitteln und Eiern. Im ersten Halbjahr 1936 war die Eiereinfuhr um ein Fünftel hinter der des Vorjahres und um zwei Fünftel hinter der von 1933 zurückgeblieben. Der Jahresverbrauch der Eier betrug je Kopf der Bevölkerung 1928/30 135, 1934 nur 116 Stück. Nach der neuen Verordnung der Hauptvereinigung der

Der Fall AEG

Stadt Berlin saniert einen amerikanischen Trust

Als das Dritte Reich Herrn Friedrich Flick seine Beteiligung am Stahlverein verkaufte, sprach man vielfach von einer Reprivatisierung, d. h. von der Preisgabe staatlichen Einflusses zugunsten Privater. Diese Bezeichnung bestände nur zu Recht unter der Voraussetzung, daß das Dritte Reich jemals daran gedacht hätte, mit dieser Beteiligung des Stahlvereins auszuüben, also etwa Hitlers Spezialfreund Fritz Thyssen Schwierigkeiten zu bereiten. Für solche Zwecke verfügt der »totale Staat« über wirksamere Mittel und kann des Behelfs entraten, den das Aktienrecht bietet. Der Zweck der Entäußerung dieser Staatsbeteiligung ist der gleiche, wie der Zweck ihrer Erwerbung gewesen war. Er war beim Kauf durch den Staat nicht die Entprivatisierung, beim Verkauf durch den Staat nicht die Reprivatisierung, sondern in beiden Fällen die Staatssubvention. Es handelt sich in jedem von beiden Fällen um eine andere Art von Staatshilfe, aber um Staatshilfe in beiden Fällen. Der Ankauf der Beteiligung war ein Mittel, Herrn Flick vor der durch eine grandiose Fehlspekulation verursachten Gefahr der Pleite zu schützen, also einem privaten Geldmangel abzuwehren, der Verkauf der Staatsbeteiligung ist ein Mittel, einen privaten Geldüberfluß in eine rentable Anlage zu verschaffen. Bei der Vorliebe des Dritten Reiches für das Privateigentum mag die Neigung, Staatsbesitz in Privateigentum zu verwandeln, vorherrschen. Wenn aber in besonderen Fällen das Privateigentum besser durch den staatlichen Erwerb von Privatbesitz geschützt wird als durch den Verkauf von Staatsbesitz an Private, wird

jener diesem vorgezogen. Daher wechselt im Dritten Reich beide Arten der Subventionierung, je nach dem Bedürfnis der subventionierten Unternehmer, ab. Gerade dieses dem äußeren Anschein nach systemlose Nebeneinander und Nacheinander von Entprivatisierung und Reprivatisierung manifestiert das Dritte Reich als den Subventionsstaat, der er in Wirklichkeit ist:

Das zeigt deutlich der Fall AEG. Die Aktien der AEG notierten Ende Juli an der Berliner Börse 38 Prozent, die Börse hielt also zwei Drittel des Aktienkapitals für verloren. Die zum größten Teil kurzfristige Gesamtverschuldung übersteigt mit 220 Millionen das Aktienkapital um 20 Prozent. Das Unternehmen war also dringend sanierungsbedürftig. Die Sanierung erforderte nicht nur Opfer der alten Aktionäre, sondern auch die Zufuhr neuen Kapitals durch Ausgabe neuer Aktien. Das ist im Dritten Reich nicht ohne amtliche Zustimmung möglich, und Herr Schacht handhabt die Emissionssperre mit aller Strenge. Im Falle der AEG versagte er die Genehmigung der Neuemission aller Dringlichkeit zum Trotz, vielleicht wollte er das Unternehmen versacken lassen, damit es von seinem einzigen inländischen Konkurrenten, dem vom Regime bevorzugten Siemens-Konzern, geschluckt würde. Daß sich Schacht nunmehr doch hat erweichen lassen, verdankt die AEG offenbar der Tatsache, daß Herr Schacht daran liegt, das Kapital der Vereinigten Staaten günstiger zu stimmen, weil ihnen immer noch der Import deutscher Waren als Dumpingimport unerwünscht ist. Ein Viertel der AEG-Aktien sind nämlich im Besitz

der General Electric, des großen amerikanischen Elektrotrusts. Der Wert dieser Beteiligung war durch den Tiefstand der Aktienkurse und die Ueberschuldung des Unternehmens mehr als zweifelhaft geworden. Offenbar um dem amerikanischen Trustkapital einen Liebesdienst zu erweisen, werden jetzt der Sanierung keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Sie erfolgt dadurch, daß das Aktienkapital von 185 Millionen auf 60 Millionen zusammengesetzt und dann wieder durch Ausgabe neuer Aktien auf 120 Millionen erhöht wird. Die Hälfte der neuen Aktien, also im Nennwert von 30 Millionen, wird zu einer Hälfte von der General Electric, zur anderen Hälfte von der Gesellschaft für elektrische Unternehmungen — Ludwig Löwe & Co. AG (Gesfürel) übernommen, die beide bisher zu einem Viertel an der AEG beteiligt waren und es auch in Zukunft sein, also praktisch das Unternehmen beherrschen werden.

Die General Electric hat aber dieses Kapitalrisiko nur unter der Bedingung übernommen, daß es die Gesfürel mit ihr teilt. Diese kann das aber nur, weil ihr die Stadt Berlin ein Paket von nominell 28 Millionen Aktien der Elektrizitätswerk-Südwest AG abnimmt und sie dadurch in die Lage versetzt, die zu übernehmenden neuen AEG-Aktien zu bezahlen. Nicht nur die Rettung dieses großkapitalistischen Unternehmens geschieht also mit öffentlichen Mitteln, sondern auch die Sicherung der Zinsverknechtung eines deutschen Unternehmens an einen amerikanischen Großtrust. Der Fall zeigt wieder einmal, daß der »deutsche Sozialismus« nichts anderes ist als zum System erhobener Subventionismus!

G. A. F.

deutschen Eierwirtschaft werden nun sowohl die Aufkaufpreise bei den Erzeugern wie die Großhandels- und Verbraucherpreise erhöht. Der Erzeugerpreis steigt im Osten des Reiches von bisher 1,15 auf nunmehr 1,45 Mark per Kilo, für das übrige Reich von 1,30 auf 1,50 Mark. Der Verbraucherpreis beträgt für S-Eier (über 65 Gramm) jetzt 14 gegen bisher 11 Pfennig, für B-Eier (55 bis 60 Gramm) 12 Pfennig gegen bisher 10, für D-Eier (45 bis 50 Gramm) 10½ Pfennig gegen bisher 9 je Stück.

Das sind die Preise für vollfrische Eier, die den amtlichen Stempel tragen, deren Frische also amtlich garantiert ist. Der amtliche Preis für ungestempelte Eier ist von 8 auf 10 Pfennig erhöht. Die Preisspanne zwischen den amtlich gestempelten Eiern und denen von zweifelhafter Frische ist also so stark verringert, daß nur noch ein minimaler Preisunterschied besteht. Das hat den Zweck, den Handel mit ungestempelten Eiern und damit auch den unkontrollierbaren Schwarzhandel einzuschränken, diese Absicht wird aber nach Meinung des »Deutschen Volkswirts« wohl solange nicht voll erreicht werden können, als die Versorgung mit gestempelten Eiern hinter der Nachfrage zurückbleibt, so daß die unmittelbare Beziehung zum Erzeuger diesem oder jenem Käufer wichtiger erscheint als die Qualitätsgarantie, die der Stempel auf dem Handelsklassenei gibt. Mit anderen Worten: dem Verbraucher ist das ungestempelte Ei in der Hand lieber, als das gestempelte, das er nicht bekommen kann. Denn Darré hat zwar den Weg vom Eierzeuger zum Eierverbraucher streng geregelt, nur wird er selten beschritten. Das drückt der »Deutsche Volkswirt« wie folgt aus:

»Auch ist die Innehaltung der Preisunterschiede zwischen den gestempelten und ungestempelten Eiern naturgemäß schwerer zu kontrollieren, da es sich um einen Kleinhandel von Tür zu Tür handelt, bei dem obendrein ein Preisausgleich ohne formale Verletzungen der Preisfestsetzungen häufig in anderer Weise geschieht, wenn dies auch zweifellos eine Zuwiderhandlung gegen den Sinn der Preisfestsetzung ist.«

Darrés »Marktordnung« nützt also allenfalls den Erzeugern, den Verbrauchern aber gerade dann nicht, wenn er sie am notwendigsten braucht, nämlich in Zeiten des Mangels.

Das Zeugoskop

Aus der Instrumentensammlung ihrer Bevölkerungspolitik

Berichte aus dem Dritten Reich stellen nicht nur eine neue Großwelle der Stimmungverschlechterung und Mecker-Gesinnung im letzten Vierteljahr fest, sondern gehen auch darin konform, daß noch niemals in Deutschland der Aberglaube und seine Ausnutzung durch solche Geschäftsleute, die

sich hinsichtlich der sogenannten »Volkseele« auskennen, Formen angenommen haben, wir gerade zur Jetztzeit. Horoskope wurden auch in der Republik gestellt; und in der Krisenzeit, in den Brüning-Jahren wuchsen an den Kiosken auch die Wahrsage-Zeitungen, die journalistischen Zukunftsfahrpläne, die gedruckten politischen und weltwirtschaftlichen Sterndeuterei, wie Pfifferlinge im feuchten Wald. Es ist katastrophal, wenn das auch dem »autoritären« Regime passiert, obschon es doch ganz andere Machtmittel besitzt und sehr viel geringere »prinzipielle« Bedenken zu haben braucht, so grobem Unfug zu steuern. Trotz der Kазette, über die die Republik — Gott sei Dank! — nicht verfügte ist der prophetische Hokuspokus heute ganz große Mode im Dritten Reich! Und das ist dann allerdings eine Prophezelung, die einigermaßen Hand und Fuß hat: es stimmt etwas nicht im Staate Dänemark, wann sich eine gewisse Sorte von Publikum, die zu allen Zeiten an sich da ist, in solche Mode flüchtet! Dann geht nämlich der Plumpsack (mit der Panik im Sack) allgemein um . . .

Auf jeden Fall hat zu dieser peinlichen Sache, zu diesem kleinen Schönheitsfehler in den Olympia-Attrappen der »Sachverständigenbeirat für Volksgesundheit bei der Reichsleitung der NSDAP« (Gott sei davor, daß wir je solche Titel erfunden hätten!) was zu sagen! Vor allem hat diesen von Beirats wegen so recht aufgeschlossenen braunen Hirnen und Herren es das »Zeugoskop« — auch »Mutterschaftsmysterium« genannt — angetan, von dem sie behaupten, daß es in grötlichen Massen heute fast an jeder großstädtischen Straßenecke verkauft werde und daß sein Vertrieb geradezu eine Landplage darstelle. Der Leser verzeihe uns gütigst, wenn wir hier nach den Darlegungen besagten »Beirates« eine detaillierte technische Schilderung des »Zeugoskops« oder »Mutterschaftsmysteriums« geben!

Es ist also ein Stück Pappkarton mit Drehscheibe. Es weist mit Hilfe solchen Mechanismus haargenau und messerscharf nach, daß die Empfängnis nur in dem Augenblick möglich ist, in dem laut Geburtsoroskop der Frau der laufende Mond über den Horizont geht. Wer Karton und Drehscheibe nur richtig handhabt, hat nicht die geringste Mühe mit dem Zweikindersystem . . .

So weit die Klage des Beirates! Hier interessiert vor allem die recht aufschlußreiche Nuance, die sich der geschäftstüchtige Wahrsage-Betrieb — als allgemeines Zeichen unterirdischer Panik und Zersetzung — heute leistet. Kinderkriegen ist ja heute nicht mehr nur menschliches, mehr oder minder frohes Ereignis, — je nach Geldbeutel, Verantwortungsgefühl, physischem Können und individueller Neigung, —

sondern eine »nationalsozialistische Tatk«, eine dem Regime und seinem »Führer« geschuldete hochpolitische Aktion, an der man den Grad der Zuverlässigkeit im »Reichsbürgere«-Sinn von Gestapo wegen ermißt. Der Neo-Militarismus Hitlers braucht Heidenfutter. Der Druck auf die Bevölkerung, für Soldaten-»Material« auch entsprechend zu sorgen, ist ungeheuerlich, wird aus tausend behördlichen Röhren gependet, dringt durch zehntausend Versammlungen und Millionen von Artikeln und Traktätchen bis ans letzte und klägliche Ehebett vor. Davor flüchtet nun die »Volkseele« in die abergläubische Prophylaxe! Mit dem »Zeugoskop« kann man dem Hitler sozusagen ein Schnippchen schlagen, ohne ins Kazett zu kommen . . .

Die Quittung. In Thüringen sind alle, die von der NS-Volkswohlfahrt oder von der Winterhilfe Gaben erhalten haben, zur Zwangsarbeit bei der Ernte befohlen worden. Für die erbärmlichen Pfennige der Winterhilfe erhalten die Landwirte Gratis-Erntearbeiter.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad. Zeitungstaxi bzw. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Fr. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Dänzig Guld. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Fr. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gl. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Fr. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Fr. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postcheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.